

Die proletarische Revolution und ihr Programm

Von
Karl Kautsky



A 96 - 07229

Stuttgart 1922 Berlin
S. S. W. Dieß Nachfolger | Buchhandlung Vorwärts
G.m.b.H. G.m.b.H.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in denen die meisten der preussischen Privatbahnen verstaatlicht wurden, besaß das Kapital noch nicht jene Kraft wie heute. In anderen Staaten war es die infolge ökonomischer Rückständigkeit voranschreitende geringe Rentabilität der Eisenbahnen, die veranlaßte, daß viele von ihnen von vornherein als Staatsbahnen gebaut wurden. In allen Militärmonarchien aber verband sich das Großkapital mit den Staatsbahnen, weil es den Landmilitarismus verehrte, dessen das Großkapital wenigstens in England und Amerika nicht bedurfte.

Jetzt, nach dem Verlust des Weltkriegs, wo die deutschen Eisenbahnen jede militärische Bedeutung verloren haben, wagt es das deutsche Großkapital, wieder nach den Staatsbahnen zu greifen. Jetzt ist es an den Arbeitern, das Staatsseigentum an ihnen zu verteidigen aus anderen als militärischen Gründen.

Gesellt sich zu der Sozialisierung der Eisenbahnen die der Kohle, dann muß das Eisen nachfolgen. Hier werden die Entscheidungsschlachten der Sozialisierung geschlagen werden.

Dazu wird eine große Macht der Sozialdemokratie im Staat notwendig sein. Solange die Arbeiter gespalten sind und zeitweise Koalitionsregierungen in Frage kommen, ist die Sozialisierung von Kohle und Eisen kaum zu erwarten.

Wir rufen nicht nach Waffengewalt und Konfiskation, um das Kapital aus seinen Herrschaftsgebieten zu vertreiben. Aber es ist ein Unding, diese Leistung von einer sozialdemokratischen Partei zu verlangen, solange diese nicht die politische Übermacht im Staate besitzt, das heißt, solange sie nicht die entschiedene Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, nicht deren begeistertere Frauen besitzt.

Die meiste Macht wird das Proletariat aufwenden müssen, um Kohle und Eisen, in England und Amerika auch die Eisenbahnen dem Kapital zu entreißen. Ist das gelungen, dann bestehen für das Weiterstreben der Sozialisierung sicher bei einzelnen Betriebsarten noch große ökonomische Schwierigkeiten. Als Machtfrage aber ist die Sozialisierung dann entschieden.

Erweist sich die Sozialisierung auf den drei genannten Gebieten als ökonomisch vorteilhaft, dann kann ihren Fortschritt

in einem vom Proletariat beherrschten Staate nichts mehr anhalten.

So liegt es nahe, daß Eisen und Eisenbahnen dann den vertikalen Aufbau fortsetzen, daß die Eisenproduktion sich Zweige der Eisenverarbeitung angliedert und die Eisenbahn daran geht, ihre Lokomotiven und Waggons selbst in Staatsbetrieben herzustellen, die ihre Autonomie jedoch nicht verlieren sollen. Um die Darstellung nicht unnötig zu erweitern, sehen wir davon ab, welche Antriebe zur Sozialisierung die Elektrifizierung der Eisenbahnen und die Verstaatlichung der Wasserkräfte nach sich zieht.

Sind die Eisenbahnen als gemeinwirtschaftliche Betriebe von sozialistischem Geiste durchdrängt, dann werden ihre Verwaltungen noch weiter gehen. Für eine Reihe von Bahnbediensteten, die dem Publikum als solche erkennbar sein müssen, sind Uniformen notwendig. Es wäre wohl höchst zweckmäßig, die Deckung dieses Bedarfs nicht privaten Firmen zu überlassen, sondern der Gewerkschaft der Schneider zu übergeben, die damit die Funktionen einer Gilde im Sinne des Gilde-sozialismus übernimmt.

Bei der Kohle wieder weist ihre chemische Weiterverarbeitung und Verwertung in das Gebiet der chemischen Industrie hinüber.

Ähnlich wird es bei der kommunalen Sozialisierung gehen. Aus der Kommunalisierung der Brotfabriken folgt die der Mühlen, die ihnen das Mehl liefern. Von da zur Sozialisierung des Mehlhandels an private Konjumenten entweder durch kommunale oder konjungenoffenschaftliche Organe ist nur ein Schritt. Daß die kommunalisierten Straßenbahnen ebenso wie die Staatsseisenbahnen zu festen Abnehmern der Produkte von staatlichen Schienenwalzwerken und Waggonfabriken werden, ist selbstverständlich.

Wo der Bedarf sozialisierter Werke einer Gemeinde allein nicht ausreicht, um eine Fabrik hinreichend zu beschäftigen, wird es notwendig werden, kommunale Unternehmungen gleicher Art zu einem Verband zusammenzuschließen, für den eine sozialisierte Fabrik arbeitet, die entweder dem Staat oder den vereinigten Gemeinden gehört. Hier werden namentlich Werke der elektrotechnischen Industrie in Betracht kommen.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen würde von vornherein die Verstaatlichung dieser Werke notwendig machen.

Daf die Gemeinden auch die Deckung ihres Bedarfs an Uniformen der Schneidergilde übergeben würden, wäre unter den gegebenen Verhältnissen wohl selbstverständlich.

Eine große und fruchtbare Aufgabe wird unter dem proletarischen Regime den Gemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsbaus zu fallen. Darauf haben wir schon mehrfach hingewiesen, ebenso wie darauf, daß das die Gemeinden veranlassen wird, die Baugilde als Bauunternehmer zu betrachten, dem die Errichtung kommunaler Häuser unter bestimmten Bedingungen zugewiesen wird. Wir haben auch schon darauf hingewiesen, daß daraus die Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Zementfabriken, Ziegeleien usw. folgen müßte.

Neben dem Wohnungsweisen wird die Sozialisierung des Gesundheitswesens eine der großen Aufgaben des sozialistischen Regimes sein, deren Lösung nicht bloß der Lohnarbeiterschaft, sondern der ganzen großen Masse der Bevölkerung zugute käme. Das Gelingen dieser Lösung bringt es mit sich, daß die Organisationen der öffentlichen Heilspflege auch den Vertrieb der Heilmittel an Private zu einer sozialisierten Funktion machen und damit dem Skandal des staatlich eingerichteten privaten Monopols der Apotheker ein Ende bereiten. Auf der anderen Seite wird daraus aber auch das Bestreben entstehen, die Fabrikation der Heilmittel selbst ebenfalls nach Möglichkeit zu sozialisieren, was wiederum in die chemische Industrie hinübergreift.

Die dritte große Aufgabe, die von der Proletarierherrschaft im Interesse nicht bloß der Lohnarbeiter allein, sondern der großen Mehrheit des Volkes zu erfüllen sein wird, ist die Hebung des allgemeinen Kulturniveaus, namentlich durch Ausdehnung und Verbesserung des Schulwesens. Das wird, wie schon bemerkt, die Notwendigkeit mit sich bringen, die Schüler mit Lehrmitteln zu versehen und auch den Erwachsenen solche Mittel zur Höherbildung zu liefern, über die allgemeine Übereinstimmung besteht. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bevölkerung, namentlich politische oder ökonomische, sind nicht durch Verbreitung einer Staatsmeinung auszufechten.

Im Jahre 1869 erklärte Marx in einer Diskussion des Generalrats der Internationale über das Erziehungsweisen unter anderem:

„Politische Ökonomie und Religion sollten in den niederen Schulen nicht gelehrt werden, ja auch nicht in den höheren; man müsse es den Erwachsenen überlassen, sich auf diesen Gebieten zu bilden; die Belehrung darüber gehöre in den Hörsaal, nicht in die Schule. Nur die Naturwissenschaften, nur Wahrheiten, die von allen Parteien vorurteilen unabhängig seien und bloß eine Deutung zuließen, gehörten in die Schule.“ (Nach dem Bericht des Londoner „Beehive“ vom 21. August 1869.)

Es ist bezeichnend für den Bolschewismus, daß er nicht nur den Kommunismus als Staatsreligion durch Staatsorgane in Schule und Presse predigen läßt, sondern daß er die Aukerung jeder anderen Meinung als die seine innerhalb seines Machtbereichs überhaupt streng verpönt. Ein derartiges Verfahren ist begreiflich bei Herrschern, die noch des naiven Wahnes leben, sie seien im Besitz einer ihnen von der Gottheit geoffenbarten absoluten Wahrheit. Es ist eine Schande für Menschen, die behaupten, auf dem Boden der modernen Wissenschaft zu stehen.

So vieles in unserer Wissenschaft und Kunst auch unstritten ist, so verfügt unsere Kultur doch zum Glück über einen großen Schatz von Leistungen, die entweder völlig unbestritten sind oder doch das moderne Denken so sehr beherrschen, daß niemand auf seine Höhe zu gelangen vermag, der sie nicht kennt. Um nur ein Beispiel zu nennen: so sehr die Meinungen über Goethe und sein Werk auseinandergehen, der ist als Deutscher kein Kulturmensch, der nicht wenigstens jene wichtigsten Schriften gelesen hat.

Es wird Aufgabe der Bildungseinrichtungen des Staates und der Gemeinden sein, denjenigen, die in diesen Einrichtungen Belehrung suchen, Schreibmaterial, Lehrbücher, Klafifier ohne Entschädigung zu übergeben.

Ein Staatswesen, das nicht abergläubische Ehrfurcht vor dem privaten Profit hat, wird selbstverständlich trachten, diesen ungeheuren Bedarf durch eigene sozialisierte Produktionsstätten zu befriedigen. Wenn man bedenkt, wie groß heute schon daneben der Papierverbrauch staatlicher und kommuni-

naler Einrichtungen ist, dann führt dieses Anschwellen des Papierverbrauchs für soziale Zwecke von selbst zur Sozialisierung der Papierfabriken.

Neben alledem wird sich natürlich die heute schon einsetzende Eigenproduktion der Konsumvereine erweitern. Vielfach werden sie die berufenen Organe sein, die für den persönlichen Konsum fertige Produkte staatlicher und kommunaler Wirtschaft den einzelnen Konsumenten zugänglich zu machen.

So wird sich das Netz der sozialisierten Produktion für die Zwecke der Bedarfsdeckung der Bevölkerung im Staate von Jahr zu Jahr ausdehnen, das Reich der kapitalistischen Produktion wird immer mehr eingeengt und diese Produktion durch den zunehmenden ökonomischen Druck und Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, den die sozialisierte Produktion übt, immer mehr gezwungen, die Arbeitsbedingungen, die sie gewährt, denen der sozialisierten Musterbetriebe anzupassen. Die Funktionen und die Bedeutung der Betriebsräte in den kapitalistischen Betrieben werden ständig zunehmen, ebenso wie der Einfluß der Konsumentenorganisationen auf sie und die Notwendigkeit, sich in den Zusammenhang der sozialisierten Betriebe einzufügen. Hand in Hand damit geht wachsende Durchsichtigkeit des Gesamtprozesses der Produktion, eine immer genauere und umfassendere Statistik der Produktion und des Verbrauchs, da die sozialisierten Produktionszweige öffentliche Einrichtungen ohne Geschäftsgeheimnisse sind. So erwachsen die Elemente einer allumfassenden sozialistischen Planwirtschaft.

Es ist heute noch nicht abzusehen, wie lange dieser Entwicklungsprozeß dauern wird. Man kann auch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, daß künftighin alle Produktion sozialisiert sein werde. Ein großer Teil der künstlerischen und wissenschaftlichen Produktion wird individuelle Tat bleiben, obwohl auch auf diesen Gebieten Arbeitsteilung und Kooperation, also gesellschaftliche Produktion zunehmen.

Noch abgesehen von der Produktion des vereinzelt Dichters, Komponisten, Malers usw., können auch Betriebe mit Lohnarbeit sich inmitten einer sozialistischen Gesellschaft erhalten. Aber sie werden ganz anderer Art sein müssen als die heutigen kapitalistischen. Denn sie können sich dann nur in

solchen Betriebszweigen lebensfähig erweisen, in denen der einzelne Betrieb nicht eines großen Kapitals, wohl aber einer überragenden Persönlichkeit zu seiner Leitung bedarf; einer Persönlichkeit, die anziehend auf ihre Hilfskräfte wirkt und ihnen mindestens ebenso gute Arbeitsbedingungen zu bieten weiß als die sozialisierten Betriebe. Nicht sein Kapitalbesitz, sondern seine Persönlichkeit wird dann dem Betriebsleiter seine Stellung verleihen, und nicht Mangel wird ihm seine Hilfsarbeiter zuführen.

Im Laufe der sozialistischen Entwicklung werden neue Erfahrungen, neue Probleme, neue Möglichkeiten auftauchen, von denen wir noch keine Ahnung haben. Sie dürften die unendliche Mannigfaltigkeit der Produktionsformen noch steigern, die wir heute schon voraussehen können und die aus der weitgetriebenen Arbeitsteilung erwächst, auf der der industrielle Kapitalismus fußt. Wir wollen wohl die Klassengegensätze abschaffen, nicht aber Produktion oder Konsum eiförmiger gestalten. Das wäre ein Rückschritt.

Das Tempo des Fortganges der Sozialisierung in einem bestimmten Lande voranzusehen, ist natürlich absolut unmöglich. So zutreffend sich die Marxschen Prophezeiungen über die Richtung der Entwicklung erwiesen haben, so sehr haben sie häufig geirrt in bezug auf ihr Tempo. Die Dinge entwickeln sich geschichtlich meist langsamer, als die Theorie erwarten läßt, die ja nicht in der Lage ist, alle etwaigen störenden Zwischenfälle im vorhinein in Rechnung zu ziehen.

Auf jeden Fall wird die Sozialisierung um so rascher vor sich gehen können, je reifer die Arbeiter sind, je besser sie ihre Aufgaben verstehen und ihnen gerecht werden. In der Beziehung kann heute schon große Vorarbeit geleistet werden in den Betriebsräten, die nicht bloß als *Wächtpositionen* gegenüber dem Kapital aufgestellt werden dürfen oder gar bloß als Mittel, das Kapital zu ärgern, sondern vor allem als *Schulen*, um die Proletarier mit den Aufgaben, den Bedingungen und Methoden der Betriebsführung bekannt zu machen.

Was neben den Betriebsräten namentlich die städtischen Arbeiter dafür tun können, um später den Fortgang der Sozialisierung zu erleichtern, haben wir schon gezeigt.

Von der augenblicklichen Art des Wirkens der Betriebsräte und städtischen Arbeiter hängt daher ungeheuer viel für die Anfänge des Sozialismus ab. Von der Höhe ihres Pflichtgefühls, nicht minder aber von der Höhe ihrer ökonomischen Einsicht.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die kapitalistische Welt keine gute Schule des Gemeinfinns ist, auch nicht für Arbeiter. Allerdings, der Klassenkampf erweckt starke Gefühle der Solidarität, aber doch nur für den Kampf. Gemeinfinn und Gemeinfinn können zwei verschiedene Dinge sein, je nach der Gemeinschaft, auf die er sich bezieht. Bei dem einen Arbeiter stärkt der Klassenkampf bloß das Gefühl der Solidarität mit der Gewerkschaft, bei anderen wohl das Gefühl der Solidarität mit der ganzen Klasse, aber das braucht nicht auch starken Gemeinfinn für Staat und Gemeinde hervorzurufen. Der Staat stand bisher den Arbeitern als Gegner gegenüber. Erst wenn sie ihn erobert haben, wird ihr Gemeinfinn sich ihm mit größerer Kraft zuwenden. In den Anfängen der Sozialisierung wird man daher den Gemeinfinn der Arbeiter dem Staat und der Gemeinde gegenüber keiner zu starken Belastungsprobe aussetzen dürfen. Namentlich nicht in ökonomischen Dingen. Große Kämpfe rufen auch große Leidenschaften, Heroismus und selbstlose Hingabe hervor. Das kleine Einerlei der Erwerbsarbeit des Alltags ist dagegen nicht dazu angetan, große Tugenden zu gebären.

Die Bolschewiki suchten, dank der Eigenart ihres Marxismus, den mangelnden Gemeinfinn der Arbeiter bei der Produktion aufzuwecken durch flammende Moralpredigten. Das hat natürlich nicht die mindeste dauernde Wirkung gehabt. Dann griffen sie zur Zwangsarbeit. Für diese Revolutionäre sind wie für den Philister Sittenprüchlein und Polizei die Mittel der Erzeugung von Tugend.

So förderlich für den Erfolg der Sozialisierung ein hoher Grad von Gemeinfinn der Arbeiter ist, so hängt dieser doch vielfach von Faktoren ab, die wir nicht nach Belieben schaffen können. Was wir Sozialisten aber auf jeden Fall können, ist das Verbreiten ökonomischer Einsicht unter den Arbeitern.

Diese ist wie in der bürgerlichen Welt, so auch in der proletarischen durch das militärische Denken, durch das über-

schätzen dessen, was die Macht vermag, leider sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Daher die Sinnlosigkeit hier des Bolschewismus und dort der Friedensverträge mit ihren Ausläufern. Nicht die Bosartigkeit, sondern die Unwissenheit ist der schlimmste Feind der Menschen, und namentlich ökonomische Unwissenheit.

Je mehr die Arbeiter die ökonomischen Gesetze erkennen: je vollkommener sie mit den ökonomischen Zuständen ihres Landes im besonderen und der Welt in allgemeinen vertraut sind; je besser sie ökonomisch zu rechnen verstehen, je klarer sie die Grenzen des in jedem gegebenen Moment Möglichen sehen; je kraftvoller sie daher alle ihre Kräfte auf das jeweilig Erreichbare konzentrieren, desto eher werden sie nicht als Schulungen handeln, die jede Arbeit fischen und zu jedem Unfug aufgelegt sind, sobald sie die Rute des Schulmeisters nicht mehr über sich fühlen, sondern sie werden sich als reife Männer bewähren, die aus freiem Entschluß alles Erforderliche leisten, sobald es ihnen gelingt, zur politischen auch die ökonomische Freiheit hinzuzuerobern.

Zu diesem Zwecke müssen wir immer wieder verlangen: Verbreitung ökonomischen Denkens und Wissens in den Massen.

9. Die Landwirtschaft.

a) Der Wald.

Wir hatten bisher bei der Sozialisierung nur das Verkehrs- wesen, den Bergbau und die Industrie im engeren Sinne im Auge. Von der Landwirtschaft aber sahen wir ganz ab. Und doch umfaßt sie in vielen Staaten noch den größten Teil der Bevölkerung, bildet sie auch in den industriellsten den stärksten aller Produktionszweige. So umfaßte im Deutschen Reich 1907 die Landwirtschaft 9 732 000 Erwerbstätige, das nächststärkste Gewerbe, das Baugewerbe dagegen, nur 1 905 000 Erwerbstätige, die Metallindustrie nur 1 086 000, der Bergbau bloß 936 000. In England mit Wales allerdings zählte 1911 die Landwirtschaft nur 1 260 000 Erwerbstätige, der Handel dagegen 2 214 000.

Überall aber bildet die Landwirtschaft, wenn auch nicht immer die einheimische, die Grundlage der Existenz der ganzen Bevölkerung, die Lieferantin ihrer Nahrungsmittel und vieler

ihrer Rohstoffe. Verfaßt sie, dann verhungern wir. Das bezeugt augenblicklich in gräßlichster Weise das russische Reich.

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß das Proletariat, wenn es sein Schicksal, das heißt vor allem die Verfügung über seine Lebensquellen in die Hand nehmen will, dabei von der Landwirtschaft nicht absehen kann, sondern trachten muß, auch sie seiner Bedarfsbedingungswirtschaft einzubereitern.

Seit langem schon haben sich die sozialistischen Parteien verschiedener Länder Agrarprogramme gegeben. Aber sie enthielten hauptsächlich eine Aufzählung der Forderungen, die die Sozialdemokratie im Interesse der Landbevölkerung stellen müsse. Es waren meist Wahlprogramme. Jetzt, wo wir vor der Möglichkeit stehen, die politische Macht zu erobern, müssen wir weiter gehen. Es genügt nicht, zu fragen: Was haben wir den Bauern, wie sie sind, zu bieten? Wir müssen dem noch die Frage hinzugefellen: Was haben wir zu tun, um die Landwirtschaft der Gesellschaft direkt dienstbar zu machen?

Dabei stoßen wir aber auf Schwierigkeiten, die uns die anderen Produktionszweige nicht bieten. Das Bedürfnis, die Landwirtschaft zu sozialisieren, die Produktion der Lebensmittel aus dem Stadium der Profitwirtschaft in das der Gemeinwirtschaft zu überführen, ist ein gewaltiges. Aber dies Bedürfnis entspringt dort, wo der bäuerliche Betrieb überwiegt, aus dem Bedürfnis der Mehrheit nicht der Ländlichen, sondern der städtischen Bevölkerung. Selbst bei vielen Lohnarbeitern der Landwirtschaft überwiegt die Sehnsucht nach einem privaten Kleinbetrieb den Drang nach einer Sozialisierung ihres Produktionszweigs.

Und dann kommt es ja auf das Bedürfnis allein nicht an. Ohne Bedürfnis, ohne Wollen wird sicher nichts geschaffen. Aber es ist eine verhängnisvolle Täuschung vieler Menschen, zu glauben, der Wille allein entscheide. Man brauche etwas nur fröhlich zu wollen, dann gehe man es schon durch.

Das Wollen erreicht nur dann etwas, wenn es ein vernünftiges Wollen ist, das heißt eines, das sich verbindet mit klarer Einsicht in die gegebenen materiellen Bedingungen für die Durchsetzung des Gewollten; ein Wollen, das sich nur Mögliches zum Ziele setzt und dessen Grenzen genau erkennt.

Nun haben wir gesehen, daß sich wohl in den anderen Produktionszweigen die Bedingungen für die Durchführung des Sozialismus ebenso entwickeln wie das Bedürfnis nach ihm. In der Landwirtschaft ruft dagegen der Gang der ökonomischen Entwicklung weder das eine noch das andere in ausreichendem Maße hervor. Wir haben zugeben müssen, daß hier der Großbetrieb den Kleinbetrieb noch nicht zurückgedrängt hat.

Das ist eine bedrohliche Klippe für den Sozialismus. Nur für einen Produktionszweig gilt das nicht, der zur Landwirtschaft gerechnet wird, aber seine eigenen Gelehe hat, die von denen der Landwirtschaft ebenso abweichen wie von denen der Industrie. Dieser Produktionszweig ist das Forstwesen.

Hier sind heute schon das Bedürfnis nach Sozialisierung wie die Bedingungen ihrer Durchführung in hohem Maße gegeben.

Die Erhaltung des Waldes an bestimmten Punkten ist von äußerster Wichtigkeit für das Klima und die Bodenfeuchtigkeit, also für die Landwirtschaft ebenso wie für die Flussschifffahrt.

Dabei ist indes das Privateigentum am Boden der Erhaltung des Waldes keineswegs günstig. Das Kapital verlangt überall nach möglichst raschem Umschlag, denn je beschleunigter dieser, desto größer die Masse Profit, die von der gleichen Kapitalmenge in einem bestimmten Zeitraum geliefert wird. Die Umtriebszeit des Waldes ist aber eine äußerst hohe, erreicht meist hundert Jahre, geht oft darüber hinaus, bei Eichenwaldungen kann sie zweihundert Jahre überschreiten. Wer wird sein Kapital anlegen, um nach so langer Frist erst den Profit einzuheimen? Ein Privatmann, der einen Wald erworben und abgeholzt hat, wird deshalb danach trachten, statt nun eine neue Waldkultur anzulegen, an deren Stelle eine andere Art der Bodennutzung zu setzen, die raschere, vielleicht jährliche Einnahmen bringt, wenn Beschaffenheit und Lage des Bodens dies gestatten. Der Kapitalismus neigt daher zur Waldvernichtung wenigstens dort, wo die Forstkultur um des Profits willen betrieben wird. Das ist indes nicht überall der Fall. Denn der Wald ist seit jeher auch ein beliebter Luxusgegenstand für die Reichsten und Mächtigsten im Lande gewesen.

Der Wald erzeugt nicht bloß Holz, sondern birgt auch Wild, und die Jagd war neben den Kriegen stets der beliebteste Zeitvertreib der feudalen Herren und ihrer Nachfolger. An der Erhaltung des Waldes und der Segung des Wildes in ihm war daher den herrschenden Klassen in der Feudalzeit stets sehr viel gelegen, und das haben sie ihren Nachfahren aus der Kapitalistenklasse vererbt.

Für die Bauern war der an Wild reiche Wald schädlich, denn dieses verheerte ihre Saaten. Sie empfanden es auch bitter, wenn guter Boden bewaldet blieb, statt der Landwirtschaft erschlossen zu werden. Dem sparsamen Bürger wieder war die Verschwendung zuwider, die das Vorherrschen von Wald und Wild in Gegenden bedeutete, die für höhere Bodenkultur geeignet waren.

Das war auch einer der Gründe, warum die Überwindung des Feudalismus durch den Kapitalismus und die Demokratie dem Wald verhängnisvoll wurde. Doch nicht überall und nicht lange. Denn mit wachsendem Kapitalismus wuchsen auch die Mehrwertmassen, die den Kapitalisten zulassen und damit der Luxus, den die Reichen sich gestatten konnten. Die Reichsten der Reichen durften sich nun auch den höchst kostspieligen Luxus erlauben, Wälder als Jagdreviere zu erwerben. So sie trieben die Verschwendung so weit, in manchen Gegenden kultivierten Boden anzukaufen, um ihn brachzuliegen und in Waldboden zu verwandeln. Namentlich in den Alpengegenden war das vielfach der Fall. Viel früher schon hatten übermüthige Landlords in Hochschottland die Stätten fleißiger Bauern in wüste Jagdgehege verwandelt.

Diese Waldvermehrung an manchen Punkten kann unter Umständen gesellschaftlich ebenso schädlich werden wie an anderen Punkten die Waldverminderung.

Fast nirgends ist daher die Waldwirtschaft selbst in kapitalistischen Staaten freigegeben, meist ist sie an, oft recht strenge, staatliche Regulationen gebunden. Und fast überall ist bereits im Zeitalter des Liberalismus das Bedürfnis nach staatlichem Betrieb der Waldwirtschaft aufgetaucht.

Aber nicht minder wie das Bedürfnis sind auch die Bedingungen für staatlichen Betrieb im Forstwesen ausnehmend hoch entwickelt.

Die Waldwirtschaft verlangt von vornherein nach dem Großbetrieb, und zwar nach höchst extensivem Betrieb. Die forstwirtschaftlich benutzte Fläche des Deutschen Reiches umfaßte 1907 13876000 Hektar, die Zahl der Erwerbstätigen in Forstwirtschaft und Jagd betrug dagegen nur 126 000. Also kam es in forstwirtschaftlich Erwerbstätiger auf 100 Hektar Wald.

Der Großbetrieb überwiegt bei weitem. Im Jahre 1907 entfielen im Deutschen Reiche von Waldboden auf forstwirtschaftliche Betriebe:

	Hektar	Prozent
mit mehr als 1000 Hektar	6 693 000	48,2
mit 100 bis 1000 Hektar	3 882 000	24,4
unter 100 Hektar	3 800 000	27,4

Also fast drei Viertel der Betriebe waren Großbetriebe.

Dabei hat sich heute schon im Forstwesen der Staatsbetrieb bewährt trotz seiner Einschränkung durch die staatliche Bureaucratie. Wird ihm größere Selbstständigkeit gegeben und erlangen auf der einen Seite seine Arbeiter, auf der anderen seine Konsumenten größeren Einfluß auf die Betriebsführung, so wird der staatliche Betrieb noch bessere Resultate liefern.

Im Jahre 1895 umfaßten die Staatswaldungen im Deutschen Reiche bereits 4741 000 Hektar, 34,5 Prozent des ganzen forstwirtschaftlich benutzten Bodens. Sie waren 1907 auf 4 988 000 Hektar, 35 Prozent, gestiegen, hatten also um 197 000 Hektar zugenommen, indes die anderen Waldungen um 47 000 Hektar zurückgegangen waren.

Neben den Staatsforsten sind noch die Gemeindeforsten zu nennen. Sie wurden 1895 leider nicht gezählt. Im Jahre 1907 umfaßten sie 2 287 000 Hektar, 16,5 Prozent des forstwirtschaftlich benutzten Bodens. Mit den Staatswaldungen zusammen machten sie also 51,5 Prozent des Waldlandes aus, mehr als die Hälfte.

Der Forstbetrieb Privater ist demnach heute bereits in der Minderheit. Der Apparat zu seiner Verstaatlichung ist schon vorhanden, und es würde nur geringe Mühe verursachen, ihn auf die privaten Betriebe zu übertragen.

Dies könnte rasch und leicht geschehen. Es ist nur eine Machtfrage und würde, wenn geschickt unternommen, den Bei-

fall der Masse nicht bloß der städtischen, sondern auch der ländlichen Bevölkerung finden, in der noch die alte Tradition des Gemeineigentums an Wald, Wasser, Weide fortlebt. So sehr der Bauer an seiner Parzelle hängt, gegen die Verstaatlichung der Waldungen der großen Herren wird er nichts einwenden. Die Sozialisierung der Forstwirtschaft wird eine der ersten Aufgaben des siegreichen Proletariats sein müssen.

b) Das Gemeineigentum am Boden.

Bei weitem nicht so günstig wie mit dem Forstwesen steht es mit der eigentlichen Landwirtschaft. Doch muß man da unterscheiden zwischen dem Bodenbesitz und der Bodenbenutzung. Es gibt soziale Verhältnisse, unter denen Betrieb und Besitz eng miteinander verschlungen sind, so daß die Sozialisierung des Grundbesitzes da die gleichen Schwierigkeiten bietet wie die des landwirtschaftlichen Betriebes und beide nur gemeinsam erfolgen können.

Aber das ist keineswegs unter allen Umständen der Fall. Beim Pächterverhältnis sind Grundbesitz und Landwirtschaftsbetrieb sichtbar voneinander getrennt. Da kann zum Beispiel ungeheurer Latifundienbesitz mit elender Zwergwirtschaft verbunden sein, wie dies in Irland und verschiedenen Teilen Italiens in hohem Maße der Fall war und teilweise noch ist.

Der landwirtschaftliche Betrieb ist eine lebenswichtige Funktion, die nicht leichtfertig gestört werden darf. Der private Grundbesitzer dagegen, losgelöst vom Betrieb, ist in der Gesellschaft die überflüssigste Person von der Welt. Da aber diese überflüssige Person das Monopol über die Lebensquellen der Gesellschaft in der Hand hat, kann er zugleich auch eine der schädlichsten, ja geradezu die schädlichste Person im Gemeinwesen werden.

Wo der Grundbesitzer also nicht selbst Landwirtschaft treibt, sondern als bloßer Grundherr dem Pächter gegenübersteht, der den Boden selbst bearbeitet oder doch dessen Bearbeitung leitet, da liegt es im dringenden Interesse der Gesellschaft, der beherrschenden Stellung des Bodenbesitzers ein Ende zu machen. Der Pächter wünscht meist, selbst Grundbesitzer zu werden, und die liberale Auffassung begünstigt diesen Wunsch.

Aber schon der bürgerliche Radikalismus hat in einem so stark proletarischen Lande und bei so überwiegendem Großbetrieb, wie in England, auch eine andere Lösung der Bodenfrage gefunden und zu seiner Forderung erhoben: die Verstaatlichung des Grundbesitzes. Nicht die Aufhebung des Pächterverhältnisses, sondern die Verwandlung des Landmanns aus einem privaten in einen Staatspächter.

Dieses Ziel ist erst recht gegeben für eine proletarische, sozialistische Partei, die nach der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln strebt und nicht vor dem wichtigsten Produktionsmittel haltmachen darf, wenn die Möglichkeit seiner Verstaatlichung gegeben ist. Diese ist in Ländern mit vorherrschendem Pächtersystem in hohem Maße vorhanden. Da der Grundbesitz dort keine ökonomischen Funktionen hat, kann seine Verstaatlichung sofort, mit einem Schlag geschehen. Die Methode des schrittweisen Vorgehens ist da ebenso wenig am Platze wie gegenüber den feudalen Rechten. In der Tat kann man ja auch die Aufhebung dieser Art Grundeigentum als einen Nachhall der bürgerlichen Revolution betrachten, für den deren Methoden am Platze sind.

Dementsprechend bedeutet es auch keine Störung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, wenn derartige Grundbesitz ohne jede Entschädigung enteignet wird. In einzelnen Fällen mögen Gründe der Billigkeit oder politischer Klugheit dagegen sprechen. Davon haben wir hier nicht zu handeln. Eine ökonomische Notwendigkeit für eine Entschädigung liegt keineswegs vor. Die Grundbesitzer dieser Art üben keinerlei ökonomische Funktionen aus, durch deren Einstellung sie den Produktionsprozess gefährden könnten.

Aber das gilt leider nur für Länder mit vorherrschendem Pächtersystem. Dieser Umstand gehört zu den vielen Punkten, die der ökonomischen Revolution des Proletariats in England so sehr den Boden ebnet und daher dies Land zum Vorläufer des Sozialismus trotz seiner langen Schrödigkeit gegenüber der sozialistischen Theorie geradezu prädestinieren. Heute noch ebenso wie zur Zeit, als Karl Marx in der Internationale bestimmend wirkte.

Neben Kohle, Eisen und Eisenbahnen, ja vielleicht noch vor ihnen wird ein proletarisches Regime in England auch

den weitaus größten Teil des Grundbesitzes, landwirtschaftlichen und städtischen, auf dem Wege der Expropriation verstaatlichen können und damit alle entscheidenden Elemente des ökonomischen Lebens in die Hand bekommen. Es wird den Grundbesitz ohne große Entschädigung dem Staate zuführen können und so ihm mit einem Schlage ungeheure Einnahmen eröffnen, die ohne weiteres zu großen sozialen Leistungen befähigen.

Ganz anders steht es in den meisten Staaten des europäischen Kontinents sowie in den Vereinigten Staaten. Hier sind überwiegend die Besitzer des Bodens zugleich auch seine Bewirtschafter, und überdies bilden sie eine zahlreiche, ökonomisch und in der Demokratie auch politisch starke Klasse. Ihr Grundeigentum anzufassen zu wollen, wäre politisch äußerst gefährlich und auch ökonomisch kaum ohne schwere Störungen möglich, die große Schädigungen für die Ernährung der Volksmassen, namentlich der städtischen, nach sich ziehen würden. Selbst die einfache Verstaatlichung des großen Grundbesitzes könnte unter diesen Umständen eine sehr gewagte Operation werden, an die man nur herangehen sollte, sobald man in der Lage ist, mit der Sozialisierung des Besitzes auch die des Betriebs zu verbinden, was nicht so einfach ist, wie wir gleich sehen werden.

An eine sofortige, allgemeine, entschädigungslose Verstaatlichung des gesamten Grundbesitzes, Verwandlung sämtlicher Landwirte in Staatspächter, ist also bei uns nicht zu denken.

Nichtsdestoweniger wäre auf eine fortschreitende Verstaatlichung des Grundeigentums hinzuwirken, die sofort einsetzen könnte, sobald wir die nötige Macht dazu haben, ehe noch die Bedingungen für eine Sozialisierung landwirtschaftlicher Betriebe gegeben sind.

Eine derartige progressive, ohne Konfiskation vor sich gehende Verstaatlichung des Bodens würde schon gegeben, sobald der Staat bei jeder Veräußerung eines Grundstücks oder Guts eine Verkaufsrecht bekäme. Der Grundbesitz ist heute schon sehr stark mobilisiert, Gutsverkäufe kommen oft vor. Jede derartige Besitzveränderung wäre ein Mittel, den staatlichen Bodenbesitz zu vergrößern. Auch wenn der Staat zunächst nicht daran geht, eine sozialistische Wirtschaft auf dem

gekauften Gut einzurichten, wozu namentlich Bauerngüter von vornherein viel zu klein wären, wird doch schon der bloße Besitz des Bodens für ihn und die Gesamtheit von Vorteil sein. Wohl werden zunächst die Zinsen, die der Staatspächter zu zahlen hat, nur ausreichen, die Zinsen der Kaufsumme zu decken, die der Saat erlangt hat. Aber wir leben in einer Zeit steigender Grundrente, und jeder weitere Zuwachs an Grundrente fällt vom verstaatlichten Grundbesitz dem Staate und nicht privaten Grundbesitzern zu. Ganz abgesehen von dem Vorteil, daß vor der Steuerbehörde ein Renteneinkommen viel klarer zutage liegt und von ihr gründlicher erfaßt werden kann als ein Gutsertrag.

Die spätere Sozialisierung aber wird um so mehr erleichtert werden, je mehr Landwirte dem Staat als seine Pächter und nicht als freie Grundeigentümer gegenüberstehen.

Trotz dieser Vorteile für den Staat verlieren die anderen bei der Transaktion Beteiligten nichts durch die Ausübung des Vorkaufsrechts. Dem Verkäufer des Gutes kann es gleich sein, ob es ein Privater oder der Staat ist, der ihm den Gutspreis auszahlt. Aber auch der dem Verkäufer nachfolgende Landwirt hat einen Vorteil davon, wenn nicht er es ist, der den Gutspreis erlegt. Es sei denn, er sei ein Bodenspekulant, der das Gut nicht erwerben will, um darauf Landwirtschaft zu treiben, sondern um es raschestens mit einem Profit weiterzuverkaufen.

Der solide Landwirt spart die Kaufsumme, wenn er bloß Pächter wird statt Käufer, und kann sie entweder dazu verwenden, seinen Betrieb besser auszustatten und intensiver zu wirtschaften oder aber ein größeres Gut zu pachten, als er zu kaufen vermocht hätte. Das eine wie das andere wird seine Einnahmen erhöhen, das erstere überdies die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes fördern.

So können wir auch in Ländern ohne Nachbarn zu einer fortschreitenden Bodenverstaatlichung kommen.

Aber so wichtig diese, wir sind keine bloßen Bodenreformer. Wir wollen dabei nicht stehenbleiben, sondern müssen trachten, die Landwirtschaft unserer Bedarfsbedingungswirtschaft einzugliedern.

Und das wird eine harte Muß für uns werden.

c) Die Sozialisierung der Großbetriebe.

Die größten Schwierigkeiten für das sozialistische Regime beginnen bei den Versuchen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu sozialisieren. Hier hat die kapitalistische Entwicklung bisher so wenig Vorarbeit geleistet, daß es Sozialisten gibt, die an der Sozialisierung der Landwirtschaft überhaupt verzweifeln. Sie wollen den Sozialismus auf die Industrie beschränken.

Dabei müssen sie aber zugeben, daß die Fortsetzung des bisherigen Zustandes der Besitzverhältnisse auf dem ländlichen Lande mit einer sozialistischen Produktion unvereinbar ist. Wir haben bereits darauf hingewiesen, in welcher Weise sie der ausgebauten Lohnarbeit in der Landwirtschaft ein Ende machen wollen: durch Zerschlagen aller größeren Wirtschaften — nicht bloß der eigentlichen Großbetriebe, sondern auch der Mi. Abetriebe — und Reduzierung der ganzen Landwirtschaft auf Familienbetriebe.

Gelänge es wirklich, diese wirtschaftliche Reaktion auf dem Lande mit der sozialen Revolution in der Stadt zu verbinden, so wären die Folgen katastrophale. Denn die Zwergwirtschaft ist nicht instand, erhebliche Überschüsse, wenn überhaupt welche, zu produzieren.

Wir haben darüber schon in anderen Schriften gehandelt. Das dort Ausgeführte werde hier ergänzt durch einige Zitate aus einer Denkschrift des Oberamtmanns Dr. E. Rabbeche, die er der Sozialisierungskommission als ihr Mitglied im März 1922 überreichte.

In dieser Denkschrift wird berechnet, daß die Erträge des Klein- und Mittelbetriebs der Landwirtschaft gerade ausreichen, die bäuerliche sowie die kleinstädtische Bevölkerung Deutschlands zu ernähren. Die großstädtische Bevölkerung (20 Millionen) sowie die Arbeiter des Großgrundbesitzes (3 Millionen) leben nur von den Erträgen des letzteren. Der Großbetrieb ernährt durchschnittlich 5 Köpfe pro Hektar, der Klein- und Mittelbetrieb nur 2. Der Unterschied wird noch größer, wenn wir den intensiv bewirtschafteten Großbetrieb allein nehmen. Er produziert pro Hektar Nahrung für etwa 9 Köpfe.

Das „annähernde Bild“, das mit diesen Zahlen gegeben werden soll, wird folgendermaßen begründet:

„Es dürfte unbestritten sein, daß die Bruttoerträge vom Acker beim Klein- und kleinsten Besitz durchschnittlich erheblich unter den Erträgen des unter gleichen Bodenverhältnissen wirtschaftenden Großgrundbesitzes liegen. Weniger sorgfältige Ackerbearbeitung, weniger gutes Saatgut, weniger und ungewinnlichere Anwendung von Kunstdünger, weniger sorgfältige Unkrautbekämpfung, weniger rationeller Fruchtwechsel dürften die Ernte durchschschnittlich 25 Prozent unter die des Großgrundbesitzes gleicher Lage herabsetzen. Diese Mängel sind an sich zum Teil zu beseitigen. Zurzeit bestehen sie aber, und man muß damit rechnen.“

Der Bedarf für die Ernährung der Handarbeiter ist beim Kleinbesitz etwas größer, da die rationelle Ausnutzung aller Hände weniger gut ist, doch spielt dieser Punkt keine so große Rolle. Der Hauptgrund der Unterlegenheit ist die weniger günstige Ausnutzung des Zugviehs und damit Vergrößerung des Anteils, den dieses von der Ernte in Anspruch nimmt.* Während beim Großgrundbesitz auf 5 Hektar das Spannvieh etwa den Ertrag von 1,1 Hektar für sich verbraucht, so daß der Ertrag von 3,9 für menschliche Ernährung und Fütterung von Rindvieh bleibt, so erfordert beim kleinen Besitz das Zugvieh unter Berücksichtigung der geringeren Ernte von je 5 Hektar den Ertrag von 2,6 bis 3 Hektar, so daß nur der Ertrag von etwa 2 Hektar bleibt. . . .

Der Gesamtfutterbedarf des Spannviehs beträgt mehr als das Anderthalbfache des Nahrungsbedarfs des Menschen in Stärkewert. Man sieht daraus, welche Bedeutung die Spannviehhaltung, die rationelle Ausnutzung des Spannviehs und die Verwendung von Gespann sparenden Maschinen, insbesondere Dampfpflügen und Motorspflügen hat.

Würde der gesamte Großgrundbesitz zerschlagen, so würden statt 23 nur noch etwa 9 Millionen Menschen von derselben Fläche genährt, der Rest von 13 bis 14 Millionen müßte verschauern, und außerdem würde auch dem Rest die Nahrung verteuert.“

* Dieses zeigen unter anderem die Zahlen der Statistik von 1907. Danach entfielen auf je 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh (ohne Kühe)
5 bis 20 Hektar	12,7	37,2
20 bis 100 Hektar	12,9	24,5
100 Hektar und darüber	9,2	14,3
Davon 200 Hektar und mehr	8,8	12,8

R. R.

Diese 13 bis 14 Millionen, die verhungern oder auswandern müßten, das sind gerade diejenigen, von denen die moderne Kultur in Deutschland getragen wird. Wird die Landwirtschaft auf Zwergwirtschaft reduziert, so bedeutet das ein Zurücksinken in die Barbarei.

In Rußland eröffnete jüngst die Ruinierung zuerst des Großbetriebs durch die gewalttätige Form des Bauernaufstandes und dann die Ruinierung der größeren Bauern durch die Komitees der „Dorfarmut“ den Weg zur heutigen Hungernot, die durch Dürren und Mißernten entseßlich gesteigert, aber nicht allein herborgernsen wurde. Zu diesen Faktoren gesellten sich allerdings noch die verheerenden Requisitionszüge der roten Armeen, um das Maß des Elends voll zu machen.

Solche gewalttätige Requisitionen von Soldaten oder hungrigen Arbeitern dürften aber auch bei uns das Ende vom Liede sein, wenn die Kleinbäuerliche Wirtschaft nicht mehr genügende Überschüsse liefert. Das könnte wirklich, trotz der Demokratie, noch einen Bürgerkrieg ergeben. Das Kapital hat in der Demokratie, bei entwickeltstem Proletariat, nicht die Kraft zum Bürgerkrieg, wenn es nicht über die Häufte der Bauern verfügt. Nur von ihnen droht dem sozialistischen Regime Gefahr. Da aber die Requisitionen den Bauern höchstens Getreide nehmen, keineswegs aber eine Mehrproduktion von Getreide herborkufen könnten, vielmehr von der Lebensmittelproduktion noch weiter abschneiden müßten, würde die Lage der Arbeiter trotz aller Gewalttätigkeiten, ja durch sie erst recht verschlechtert; das würde schließlich auch ihnen das neue Regime verleiden, und die Gegenrevolution hätte gewonnenes Spiel.

Nichts wäre also verderblicher als diese Art Lösung der Agrarfrage.

Dazu käme noch ein wichtiges Moment. Die sozialistische Wirtschaft wird danach trachten müssen, die Arbeitslast der einzelnen möglichst zu verringern. Das wird für viele Arbeiter vielleicht wichtiger sein als die Vermehrung ihrer materiellen Genüsse.

Der Kleinbetrieb dagegen kann sich nur erhalten durch größte Anspannung seiner Arbeitskräfte. Deren geringe Zahl und die Fülle der Funktionen, die der Betrieb mit sich bringt,

läßt ein Ausruhen und Feiern kaum zu. Heute schon ist einer der Gründe des schroffen Gegensatzes zwischen Bauern und industriellen Arbeitern darin zu suchen, daß die Arbeitskraft jener sich nicht mindert, indes diese ihre Arbeitszeit verkürzen. Das führt auf der einen Seite dazu, daß die Bauern, namentlich die älteren, die „Faulenzer“ in der Stadt grimmig haßen, auf der anderen dazu, daß viele Bauern, namentlich die jüngeren, der Lede des Landlebens und seiner Überarbeit zu entfliehen suchen und in die Stadt ziehen. Die Landflucht war eine der auffallendsten sozialen Erscheinungen der letzten Jahrzehnte bis zum Kriege. Sie wird wieder stark einsetzen, sobald wir die Kriegsfolgen überwinden haben und zu einigermaßen normalen ökonomischen Zuständen zurückgekehrt sind.

Diese Erscheinung bedroht den landwirtschaftlichen Betrieb, damit aber auch die Ernährung der Gesamtbevölkerung aufs ernstlichste. Die Gefahr müßte in einer sozialistischen Gesellschaft gewaltig wachsen, wenn die Sozialisierung und deren Vorteile für die Arbeiter auf die der Industrie beschränkt blieben und in der Landwirtschaft nach der alten bäuerlichen Schablone weitergewurstelt würde.

Auch dadurch würde der Bestand der sozialistischen Gesellschaft ernsthaft gefährdet.

Die Verschlagung des Großgrundbesitzes wäre also aus den verschiedensten Gründen eine verhängende Katastrophe für eine sozialistische Gesellschaft. Seine Sozialisierung und die möglichste Ausdehnung des Großbetriebs ist für sie dringend geboten.

Nun werden die sozialistischen Verfechter der bäuerlichen Wirtschaft, die sonst vom Marxismus nicht viel wissen wollen, sich in diesem Falle an ihn klammern und antworten: Das *B e d i e n t s* nach einer Produktionsform allein reicht nicht aus, sie zum Durchbruch zu bringen. Es müssen auch ihre *B e d i n g u n g e n* gegeben sein. Die ökonomische Entwicklung wirkt aber nicht der bäuerlichen Wirtschaft entgegen.

Darauf ist zunächst zu bemerken, daß sie auch nicht in ihrem Sinne wirkt. Das Verhältnis zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb bleibt in der Landwirtschaft seit einiger Zeit wenig verändert. Dann aber kommt es auf die *ö k o n o m i s c h e* Entwicklung allein nicht an, sondern auch auf die *t e c h n i s c h e*,

und die bringt immer eindringlicher die Überlegenheit des Großbetriebs zur Geltung. Bestände sie nicht, erwies sich der Großbetrieb nicht als die produktivere Betriebsform, dann freilich wäre jeder Versuch, ihn im Rahmen des Sozialismus aufrechtzuerhalten, hoffnungslos, aber auch überflüssig. Es ist gerade die technische Überlegenheit des Kleinbetriebs, die die bäuerliche Wirtschaft mit dem Bestand einer sozialistischen Gesellschaft unvereinbar macht.

Können wir auch nicht ohne weiteres an die Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft herangehen, so wird doch die des landwirtschaftlichen Großbetriebs eine der wichtigsten Aufgaben eines sozialistischen Regimes darstellen.

Aber auch diese eingeschränkte Aufgabe ist nicht ohne weiteres zu lösen. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist so ganz anders als die der anderen Produktionszweige, daß nicht nur der Großbetrieb in ihr nicht siegreich fortgeschritten, sondern auch der Großbetrieb in seinen Gestaltungen hinter der Industrie zurückbleibt. So hat zum Beispiel bei ihm die Aktienform noch kaum Platz gegriffen. Einige Riesenfarmen in Nordamerika und in Argentinien haben die Form von Aktiengesellschaften angenommen. Diese Gesellschaften wurden aber mehr zu Zwecken der Bodenpekulation als landwirtschaftlicher Produktion gegründet, die sie so extensiv als möglich betrieben. (Vergl. Dr. H. Leonhard, Landwirtschaft — Landindustrie — Aktiengesellschaft. Tübingen 1913.) Auch zur Syndizierung ist es in der Landwirtschaft nicht stark gekommen. Das liegt an ihrem eigenartigen Charakter und nicht etwa an dem ihrer Betriebsleiter. Denn dieselben Herren, die an der Selbständigkeit ihres eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebs nicht rühren lassen, finden sich zur Syndizierung gern bereit auf Gebieten, auf denen sich Landwirtschaft und Industrie berühren, wie bei der Produktion von Spiritus und Zucker.

Für die Sozialisierung sind daher auch innerhalb des Großbetriebs der Landwirtschaft noch die Bedingungen durch die bisherige ökonomische Entwicklung weniger geschaffen, als in manchen Zweigen der Industrie und des Bergbaus. Wenn zum Beispiel die Sozialisierung des gesamten Kohlenbergbaus und nicht die einzelner Bezüge als die rationellste Form für diese Transaktion erschien, so ist in der Landwirtschaft

nicht an eine derartige Sozialisierung zu denken. Man wird da mit der Sozialisierung einzelner Güter den Anfang machen müssen, die besonders günstige Bedingungen bieten, um auf Grund der Erfahrungen, die man dort gewonnen, dann allmählich fortzufahren.

Ein großes Gemmis wird dabei die Rückständigkeit der Landarbeiterschaft bilden. Die Stadt bietet dem Arbeiter so viele Anregungen und Bildungsmöglichkeiten, daß er wohl imstande ist, die Unzulänglichkeit der Schulbildung, die ihm zuteil wird, einigermaßen wettzumachen. Auf dem Lande fehlen ihm derartige Anregungen und Bildungsmöglichkeiten in einem solchen Maße, daß er leicht auch noch das bisher Vergift, was ihm die ganz ungenügende Dorfschule beigebracht hat. Dabei sind seine Lektüre und seine Geselligkeit sowie eine eventuelle Vereinstätigkeit leichter zu überwinden, seine Isolierung größer, was zum Beispiel der gewerkschaftlichen Organisation auf dem Lande bisher große Gemnisse auch dort bereitet, wo die Gesetzgebung ihr nicht im Wege stand. In England sind bisher alle gewerkschaftlichen Bewegungen der Landarbeiter, auch wenn sie noch so vielversprechend angingen, nach wenigen Jahren immer wieder eingeschlafen.

Man muß das natürlich nicht immer so sein. Es ist zu erwarten, daß die Landarbeiterbewegung, die jüngst in vielen Staaten entweder schon im Kriege oder nach der Revolution einsetzte, größere Lebenskraft entwickeln wird. Aber auf jeden Fall steht der Landarbeiter an gewerkschaftlicher Erfahrung sowie an politischem Wissen und allgemeiner Bildung hinter der großen Mehrzahl seiner Arbeitsbrüder in der Industrie weit zurück, was die Einführung der Selbstverwaltung in die Landwirtschaft nicht erleichtert. Eine kraftvolle gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter in Verbindung mit gut funktionierenden Betriebsräten und eine ausgiebige Verbesserung der Dorfschulen, das sind Vorbedingungen, ohne die keine ersprießliche Demokratisierung landwirtschaftlicher Großbetriebe zu erwarten ist, die vom Staat oder von städtischen Gemeinden erworben und sozialisiert werden.

Allerdings könnte es scheinen, als sei eine gut gebildete ländliche Arbeiterschaft am wenigsten geeignet zu einem ge-

nossenschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft, ganz gleich, ob man als die geeignetste Form dafür die der Produktivgenossenschaft, der Gilde oder der gemeinwirtschaftlichen Unternehmung ansieht. Mir scheint die letztere die zweckmäßigste zu sein, da sie allen Gegenständen zwischen Produzenten und Konsumenten im Reine begegnet.

Für die Form der ländlichen Produktivgenossenschaft dagegen sprechen die günstigen praktischen Erfahrungen, die man mit ihnen machte. Die russischen ländlichen „Kommunen“ des Bolschewismus endeten wohl in allen ihren Formen mit einem Mißerfolg.

„Alles schien den Versuch zu begünstigen. Und doch zersielen bis Anfang 1919 gegen 83 Prozent der (im Sommer 1918 gegründeten) Kommunen, gegen Mitte 1919 aber verschwand auch der übriggebliebene Rest.“ Nicht besser erging es mit den ihnen folgenden Genossenschaften. (Vortrag des Professors Bukowetzky über die agrarökonomischen Versuche der Bolschewiki. Abgedruckt im Anhang zu M. Fugan-Baranowski's „Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit“, deutsch von Dr. E. Surwicz, Gotha 1921, 3. A. Berthes.)

Dieser Mißerfolg bezeugt indes nicht, daß die Natur der Landwirtschaft dem genossenschaftlichen Betrieb widerstrebe, sondern eher, daß die Bolschewiki alles, was nicht auf bloße Organisierung der Gewalt, auf rote Armee und Polizeigewalt hinausläuft, mit unglaublichem Ungeßick anpacken.

In Italien sind im letzten Menschenalter eine Reihe ländwirtschaftliche Produktivgenossenschaften entstanden. Eine Enquete des Jahres 1906 zählte 108 Genossenschaften für den Betrieb von Landwirtschaft. Darunter 88 in voller Tätigkeit und 20 in Bildung begriffen. Von den 88 waren 18 wahre Produktivgenossenschaften, die zusammen eine Fläche von 1873 Hektar bearbeiteten, also größere Güter von durchschnittlich 100 Hektar Umfang.

Daneben waren noch 70 Genossenschaften im Betrieb, die den Boden gemeinsam gepachtet hatten, ihn aber getrennt an Einzelfamilien zur Bewirtschaftung ausgaben.

Im Jahre 1912 schrieb ein deutscher Erforscher dieser Gebilde: „Die Resultate der Pachtgenossenschaften sind, im allgemeinen betrachtet, durchaus günstig. Was jetzt sind keine Mißerfolge oder

Konkurse zu verzeichnen.“ (M. D. Preyer, Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens, S. 136. Jena 1913.)

Die Zahl derartiger landwirtschaftlicher Genossenschaften ist seit 1906 bis 1922 noch weiter und sehr erheblich gewachsen, von 108 auf 400. Und die Bodenfläche, die sie bebauten, hat sich mehr als vervierfacht.

Bemerkenswert sind ferner eine Reihe religiös-kommunistischer Kolonien, die im vorigen Jahrhundert in den Vereinigten Staaten blühten und mit Erfolg genossenschaftliche Landwirtschaft trieben.

Unter ökonomischem Einfluß wurde auch 1830 von einem Herrn Vandaleur auf seinem Gute Kalahine in Irland ein genossenschaftliches Experiment angestellt, das ausgedehnte Resultate erzielte. Leider war Herr Vandaleur ein Spieler, er wurde hankrott, und seine Gläubiger zerstörten die Genossenschaft, die es veräumt hatte, einen Pachtvertrag mit dem Gutsbesitzer abzuschließen, der sie gestützt hätte.

Ein ähnliches Schicksal hatte die erste Pachtgenossenschaft in Italien. Auch sie gedieh und ging trotzdem zugrunde an dem Versagen des Großgrundbesizers. Preyer berichtet darüber:

„Der Abgeordnete Dr. Mori, ein reicher Gutsbesitzer in Stagno Lombardo, überließ im Jahre 1836 ein Gut von 100 Hektar, das er bisher an einen Großpächter verpachtet hatte, einer Anzahl von Bauern, die zu einer Genossenschaft zusammenkamen. . . Der Vertrag war zunächst auf zwei Jahre abgeschlossen und sollte dann auf Grund der gleichen Bedingungen immer dauernder werden. Hierzu kam es aber nicht, denn der Eigentümer verspürte keine Neigung, ihn zu erneuern. Er war verärgert durch Wortwüste und Intrigen seiner Nachbarn, die befürchteten, daß das sozialistische Experiment die Ansprüche der Bauern und Landarbeiter der Gegend zu sehr steigern würde, und seine Familie befürchtete, daß er sein Vermögen durch solche Versuche ruinieren würde. Es ist sehr bedauerlich, daß der Vertrag nicht erneuert wurde, denn er hätte in jeder Beziehung gute Erfolge gezeigt. Finanziell hatte die Genossenschaft im ersten Jahre außer ihren gewohnten Löhnen eine kleine Dividende herausgewirtschaftet, die im zweiten Jahre für jeden Beteiligten auf 100 Lire stieg. Der Eigentümer erhielt außer der festgesetzten Pachtsumme einen Gewinn, der so groß war wie der aller Genossen zusammen. Auch wirtschaftlich hatten sich Vorteile gezeigt: während die Bauern das Gut früher recht nachlässig bearbeitet hatten, suchten sie jetzt, wo ihr eigenes Interesse in Frage

kam, durch peinlichste Arbeit den Ertrag möglichst zu steigern. Moralisch und sozial betrachtet, war das Ergebnis ebenfalls ermutigend. Die Mitglieder der Genossenschaft waren die von dem früheren Pächter auf dem Gut beschäftigten Arbeiter. In der ihnen sozusagen aufgezwungenen Organisation bestand ein gutes Einvernehmen, und die Leitung, die aus den Arbeitern und dem Eigentümer bestand, hielt gut Disziplin.“ (S. 83, 84.)

Alles das erinnert lebhaft an Malahine. Aber die Arbeiter-schaft am Ende des neunzehnten Jahrhunderts bedeutete doch schon etwas anderes, als die in seinem Beginne. Malahine hinterließ keine Spuren. Die italienische Pachtgenossenschaft von 1886 fand dagegen bald Nachahmungen, die nicht mehr von der Laune eines reichen Pflanzhofs abhängig waren. Die weiteren Pachtgenossenschaften wurden von den Arbeiterkammern (Gewerkschaftskartellen) einzelner Gegenden begründet.

Zu diesen Zeugnissen aus neuester Zeit gesellen sich zahlreiche aus früherer. Der Großbetrieb der Landwirtschaft durch umfangreiche Hausgenossenschaften war ehemals eine sehr erfolgreiche und weitverbreitete Form der Landwirtschaft.

Aber alle diese Erscheinungen des genossenschaftlichen Großbetriebs finden wir bei unaktivierten oder doch unmodernen Verhältnissen. Es ist bezeichnend, daß Malahine in der Grafschaft Clare lag, einem der rückständigsten Teile Irlands, und seine Arbeiter gehörten zur niedrigsten Gattung von Irländern. (Kautsky, Die Agrarfrage. Stuttgart 1899, S. 124 ff. Ich berichte dort ausführlich über Malahine.) Andererseits ist es bemerkenswert, daß die kommunistischen Gemeinden, deren genossenschaftliche Landwirtschaft gedieh, aus tiefreligiösen bäuerlichen Sektierern bestanden, die frei waren von allem modernen Denken. Zene kommunistischen Kolonien dagegen, die neuem sozialistischen Denken entsprangen und von gebildeten Elementen gegründet wurden, auf Grund Owenitischer, Fourieritischer, Cabettischer Lehren, sie haben sich alle nicht zu behaupten getraut.

Man könnte also wirklich glauben, als ob genossenschaftliche Landwirtschaft einen Zustand der Barbarei voraussetze und mit modern gebildeten Menschen unmöglich sei.

Woher rührt dieses Versagen der neueren kommunistischen Kolonien? Zum großen Teil jedenfalls daher, daß diese Kolo-

nien in abgelegenen Distrikten angelegt wurden, wo sie vor störenden Einflüssen des Kapitalismus sicher zu sein hofften, aber auch aller Anregungen der Zivilisation entbehrten, was für einen gebildeten Menschen auf die Dauer fürchterlich ist. Ferner darauf, daß die Kolonien des neueren Sozialismus nicht von Bauern, sondern von Städtern gegründet wurden, die als solche der Landarbeit nicht gewachsen waren und ihrer bald überdrüssig werden mußten. Sobald der erste Reiz der Neuheit verflogen und der Enthusiasmus, den die Größe des Ziels hervorrief, gedämpft war durch die Monotonie des Alltags, erwachte die Sehnsucht nach dem Milieu, das man verlassen. Das allein würde genügen, zu erklären, warum die Kolonien dieser Art nach wenigen Jahren auseinanderfielen. Es erklärt aber noch nicht, daß Jant und Streit ihr Leben so häufig störten.

Das dürfte auf eine Erscheinung zurückzuführen sein, die bisher viel zu wenig beachtet wurde, auf die enge Beziehung des Haushalts mit dem landwirtschaftlichen Betrieb.

Während das Handwerk von vornherein Produktion von Waren ist, von Produkten, die der Produzent selbst nicht braucht und die er an andere gegen Produkte hingibt, die er braucht, ist die Landwirtschaft lange fast ganz Produktion für den eigenen Haushalt des Produzenten, und selbst heute überwiegt diese Produktion für den Selbstgebrauch des Produzenten, namentlich in den kleineren Betrieben.

Betrieb und Haushalt sind daher in der Landwirtschaft eng und organisch miteinander verwaachsen, indes sie in der Industrie zwei völlig voneinander getrennte Gebiete darstellen.

Die Entwicklung des Haushalts verfolgt aber keineswegs die gleiche Richtung wie die des Betriebs: Hat dieser die Tendenz, immer größer zu werden, so tritt bei jenem das Gegenteil zu. Konnte ehemals das Individuum sich nur behaupten als Mitglied einer größeren Gemeinschaft; war es um so stärker, je größer und mächtiger seine Familie, so wurde der einzelne immer unabhängiger von größeren Gemeinschaften, in denen er geboren war, je mehr sich die Landwirtschaft entwickelte. Die Familie wurde von da an immer mehr reduziert auf ein Ehepaar mit seinen noch nicht erwerbsfähigen Kindern. Diese Tendenz, die in der kapitalistischen Gesellschaft allgemein ist,

führte zu einer großen Selbständigkeit des einzelnen. Sie wurde so stark, daß sie sich trotz der ökonomischen Nachteile durchsetzte, die auch im Haushalt der kleinere Betrieb gegenüber dem größeren aufweist. Wohl sucht man für den Haushalt wenigstens in der Stadt ebenfalls die Vorteile des Großbetriebs zu gewinnen, aber nicht dadurch, daß man mehrere Haushaltungen zu einer großen verschmilzt, sondern dadurch, daß man eine der ökonomischen Funktionen des Haushalts nach der anderen von ihm löst und durch gemeinsame Anstalten ersetzt, so daß die Arbeiten des Haushalts immer einfacher und geringer werden.

In der Industrie wurde das Aufkommen des Großbetriebs durch die Verfeinerung des Haushalts nicht gehindert.

Ganz anders wirkt diese Verfeinerung dagegen in der Landwirtschaft, wo Haushalt und Betrieb eng verbunden sind. Sie hat die Großfamilien zerstört und durch zahlreiche kleine Haushaltungen ersetzt. Damit aber auch einen starken Drang nach der Auflösung der größeren Güter in kleine erweckt und das Vordringen des modernen Großbetriebs sehr gehemmt, dessen technische Überlegenheit in der Landwirtschaft ohnehin nicht so stark war wie in den meisten Zweigen der Industrie.

Wo sich der Großbetrieb behauptete, blieb er aber mit einer großen Haushaltung verbunden. Er bedingte das Vorhandensein eines zahlreichen Gefolges, lediger Knechte und Mägde ohne eigenes Heim, aber vielfach mit den entsprechenden Anhängeln „lediger Kinder“. Und selbst die Arbeiter des großen Guts, die eigene Familien gegründet hatten, blieben in bezug auf Wohnung und Haushalt in hohem Grade von der Gutsherrschaft abhängig.

Eine Abhängigkeit ähnlicher Art bestand auch in den kommunistischen Kolonien. Sie ist aber für moderne Menschen ganz unerträglich. Siezen wir sie fortbestehen, dann drohten an ihr alle landwirtschaftlichen Genossenschaften zu scheitern.

Je mehr daher das proletarische Regime Sorge dafür trägt, daß die Landarbeiter gebildet und zu modernen Menschen erzogen werden, um so mehr muß es auch danach trachten, ihnen menschenwürdige Wohnungsverhältnisse zu schaffen, die ihre Haushaltungen völlig unabhängig vom Betrieb machen. Nur dann, wenn der kleine Haushalt organisch losgelöst ist vom

großen Betrieb, wird dieser in der Landwirtschaft vereinbar werden mit dem Bestehen einer intelligenten und selbständigen Landarbeiterschaft.

Das bezeugt uns deutlich das Beispiel Italiens. Im Unterschied von den meisten anderen Ländern vermochten dort genossenschaftliche Großbetriebe in der Landwirtschaft aufzukommen und sich zu behaupten. Es gelang ihnen, obwohl die Bedingungen für sie nicht sehr günstig waren. Denn diese Betriebe dienen weniger dem Konsumenten als einem recht beschränkten Produzenteninteresse. Sie wurden nicht begründet, um billige Lebensmittel zu produzieren, sondern um der Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern abzuhelfen. Sie lehnen also die Anwendung von Maschinen dort ab, wo Arbeitskräfte dadurch überflüssig gemacht würden. Ein Großbetrieb ohne Maschinen ist aber dem Kleinbetrieb kaum überlegen.

Daß trotzdem die Genossenschaften in der italienischen Landwirtschaft emporzukommen konnten, ist nicht zum wenigsten dem Umstand zuzuschreiben, daß in ihr im Gegensatz zu der Landwirtschaft anderer Staaten Betrieb und Haushalt in hohem Grade getrennt sind. Die Bewohner des Landes leben nicht zerstreut, sondern in kleinen Landstädtchen konzentriert. Dies erleichtert sowohl die sozialistische Propaganda wie die genossenschaftliche und genossenschaftliche Organisation unter den Landarbeitern.

Daher finden wir in Italien nicht bloß genossenschaftliche Landwirtschaft, sondern auch eine Landarbeiterbewegung von ausnehmender Kraft und Fähigkeit, wie bisher nirgends in der Welt.

Die Schaffung ausreichender gesunder und freundlicher Wohnungen aus öffentlichen Mitteln für die Landarbeiter; Wohnungen, die losgelöst sind von den Betrieben und in größeren Siedlungen konzentriert werden; damit größere Bewegungsfreiheit der Landarbeiter, eine starke Gewerkschaftsbewegung unter ihnen, gute Landschulen — das sind unerläßliche Vorbedingungen für eine Sozialisierung landwirtschaftlicher Großbetriebe.

a) Die Sozialisierung des Kleinbetriebs.

Sind einmal einige große Güter sozialisiert, und zwar mit gutem Erfolg, dann wird die Sozialisierung der anderen rasche

Fortschritte machen können. Doch bildet der bäuerliche Betrieb in den meisten Ländern einen zu wichtigen Faktor der Lebensmittelproduktion, als daß nicht der Versuch gemacht werden müßte, auch ihn zur Sozialisierung heranzuziehen.

Für den Kleinbetrieb, wie er ist, bleibt sie unmöglich. So wie für die großen Güter muß auch für die kleinen erst eine Reihe von Bedingungen geschaffen werden, ehe sie in das Reich der Sozialisierung einbezogen werden können.

Daß die Verbesserung der Dorfschulen und die allgemeine Hebung des Kulturniveaus auf dem Lande auch für den Aufstieg der Bauern zu höheren Produktionsformen unerlässlich ist, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Dagegen wird der Zusammenschluß der Bauern zu wirtschaftlichen Verbänden die Sache der Sozialisierung wenig fördern. Bisher waren solche Verbände meist Organe des Kampfes der ländlichen Produzenten gegenüber den städtischen Konsumenten. Der sozialisierte Betrieb soll aber eine Organisation sein, die den Interessen beider Seiten dient.

Wie bei der Sozialisierung der Großbetriebe wird auch bei der der bäuerlichen Betriebe eine wichtige Vorbedingung die Trennung von Betrieb und Haushalt bilden. Nur stellt sich dies Problem bei dem kleinen Betrieb anders dar als bei dem großen. Bei diesem wird an die Betriebsform angeknüpft, die man vorfindet. Die Form des Haushalts ist da zu ändern.

Umgekehrt beim Bauern. Die Selbständigkeit des Haushalts findet man bereits vor. Zu ändern ist die Form des Betriebs.

Den ganzen bäuerlichen Betrieb vom Haushalt zu trennen, wird kaum möglich, ja vielfach nicht einmal vorteilhaft sein. Was sich in der bäuerlichen Wirtschaft am ehesten vom Haushalt lösen und selbständig betreiben läßt, das ist der Feldbau. Das ist aber auch gerade jener Teil der landwirtschaftlichen Produktion, in dem der Großbetrieb am vorteilhaftesten ist und die meisten Maschinen zur Anwendung kommen. Es wäre technisch nicht nur möglich, sondern auch höchst vorteilhaft, daß die Bauern eines Dorfes ihre Felder zusammenlegen und eine Genossenschaft zu ihrer gemeinsamen Bewirtschaftung bilden würden.

Das wäre durchaus nichts Unerhörtes. Bis weit in die neuere Zeit hinein finden wir den Flurzwang. Haus und Hof des

Bauern waren sein privater Besitz, Wald und Weide ungeteilttes Gemeineigentum. Die Feldflur aber bildete einen gemeinsamen Besitz der Dorfgemeinschaft, der jedoch bei entwickelterer bäuerlicher Wirtschaft nicht gemeinsam bearbeitet, sondern von Zeit zu Zeit unter die einzelnen Familien zu gesonderter Bearbeitung verteilt wurde. Aber diese Bearbeitung geschah nach einem gemeinsamen Plan. Mehr war damals nicht notwendig, denn die gemeinsame Bearbeitung hätte bei den einfachen Werkzeugen jener Zeit keine Vorteile geboten.

Ganz anders heute, im Zeitalter des Dampfpflugs und Motorpflugs, der Säe- und Mähmaschine. Da bietet die Bearbeitung großer zusammenhängender Flächen bedeutende Vorteile gegenüber dem Bewirtschaften kleiner Parzellen. (Eingehender darüber habe ich gehandelt in der Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“, Leipzig 1918, in dem Kapitel über die Landwirtschaft der Dorfgemeinde, das auch mit anderen Kapiteln derselben Schrift und einigen meines Buches über die Agrarfrage gesammelt erschienen ist unter dem Titel: „Die Sozialisierung der Landwirtschaft“, Berlin 1919.)

Heute schon kommt es vor, daß der kleinere Bauer seine Acker von einem Nachbarn mit besseren Gespannen oder mit einem Motor pflügen läßt. Gedroschen wird schon seit langem meist mit einer fremden Dreschmaschine. Genossenschaftlicher Besitz solcher Maschinen, ebenso wie von Motorpflügen, Mähmaschinen usw. ist nicht mehr selten.

Ob der letzte, wichtigste Schritt für eine Nationalisierung der bäuerlichen Landwirtschaft, der auch ihre Sozialisierung ermöglichen würde, wird nicht gemacht: die Zusammenlegung der Acker. Sie scheitert vor allem am Privateigentum am Boden.

Der Anfang damit wird nur dort gemacht werden können, wo jenes private Eigentum aufgehoben ist. Es ist bezeichnend, daß diejenigen Landleute, die sich in Italien zu Genossenschaften zum Betrieb der Landwirtschaft vereinigten, Lohnarbeiter oder Pächter sind, nicht aber besitzende Bauern.

Gäben wir ein proletarisches Regime, dann dürfen wir bei der heutigen starken Mobilisierung des Grundbesitzes und den vielen Gutverkäufen wohl erwarten, daß das Vorkaufsrecht des Staates ihm in manchen Gegenden bald einen großen

Teil des Bodens zuführt. Ist in einem Dorf die gesamte Bauernschaft oder doch ein erheblicher Teil zu Pächtern des Staats geworden, dann kann dieser den Pachtvertrag sehr wohl in einer Weise gestalten, daß es möglich wird, die Gesamtheit der verstaatlichten Acker im Dorfe zu einem zusammenhängenden Bodenkomples zu vereinigen und die Staatspächter in einer Genossenschaft zu organisieren, die den dörflichen Staatsboden bewirtschaftet.

Ähnlich wäre bei der Anlegung neuer Siedlungskolonien zu verfahren. Siedlungen zu schaffen durch Zerstückelung rationell bewirtschafteter großer Güter wäre, wie schon gesagt, eine Barbarei und eine Gefährdung der Volksernährung. Anders steht es dagegen mit Siedlungen, die auf neugevonnenem Odland errichtet werden.

Hier wäre die Gelegenheit gegeben, gleichzeitig dem Drang nach Vermehrung der selbständigen kleinen Haushaltungen und nach Gewinnung der technischen Vorteile des Großbetriebs Genüge zu leisten, wenn man die Siedlungen von vornherein als Dörfer mit gemeinsamer, genossenschaftlich zu bewirtschaftender Feldmark einrichten würde. Wenn die gesamte Siedlung Staats Eigentum bliebe, jeder einzelne Siedler seine besondere Wohnstätte bekäme und der Dorfgemeinschaft die Verarbeitung der Feldmark vom Staat als Grundherrn zugewiesen würde, wäre diesem stets Einfluß genug gesichert, um neben dem Interesse der Produzenten auch das der Konsumenten zu wahren.

Das gleiche gilt natürlich auch von den Gütern, die von vornherein Großbetriebe waren, und die mit der Sozialisierung in Staats Eigentum übergehen. Es wäre nicht schwer, sie in den staatlichen Wirtschaftsplän und die Bedarfsdeckungswirtschaft einzufügen, entweder durch Angliederung an eine städtische Gemeinde, für deren Bedürfnisse sie arbeiten, oder an eine der Gilden oder die genossenschaftlichen Organisationen der Müller, der Zuderfabriken usw.

Die Gemeinwirtschaft der Dorfgemeinschaften würde wohl, sobald sie sich einmal eingelebt und bewährt hat, beim Ackerbau, der ihren Ausgangspunkt bildet, nicht stehen bleiben. Sie würde auch auf die Viehhaltung übergreifen, zunächst die des Großviehs. Ob und inwieweit dann auch die Haltung des Klein-

viehs, Gemüse- und Obstbau sozialisiert werden, braucht uns heute noch nicht zu beschäftigen.

Auf jeden Fall dürfen wir erwarten, daß von zwei Seiten her, von der des Großbetriebs durch Loslösung der Einzelhaushaltung von ihm und von Seite der kleinen Wirtschaften durch Loslösung des Ackerlandes von ihnen, die Sozialisierung der Landwirtschaft schrittweise vor sich gehen wird, in immer rascherem Tempo, je größer die Erfahrungen, die man sammelt, und je größer die wirtschaftlichen Erfolge, die man, auf diese Erfahrungen gestützt, erzielt; je besser die Lage der Arbeiter in den sozialisierten Betrieben und je größer und billiger das Produkt, das sie den Konsumenten zuführen.

Die Verstaatlichung des Bodens, entweder, wo es möglich ist, durch Konfiskation oder, was die Regel sein wird, durch schrittweisen Ankauf von Privatland, bildet die unentbehrliche Vorbedingung für die Einführung der Landwirtschaft in das sozialistische Getriebe. Aber nur eine Vorbedingung. Die Beschränkung auf die Bodenverstaatlichung ohne Änderung des Charakters der Wirtschaft, wie viele Bodenreformer verlangen, würde nicht viel ändern.

e) Die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Nicht einmal bei den besprochenen Einrichtungen dürfte die Sozialisierung der Landwirtschaft stehen bleiben. Sie müßte trachten, weiter fortzuschreiten zur Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft.

Ehedem, im privaten bäuerlichen Betrieb, waren beide vereinigt, erzeugte der Bauer fast alle Industrieerzeugnisse selbst, die er brauchte. Die fortschreitende Arbeitsteilung hat eine der bäuerlichen Industrien nach der anderen selbständig gemacht und in die Städte verlegt, hat daneben zahllose neue Industrien entstehen lassen, die für den Bauern unentbehrlich geworden sind, selbst in einem so rückständigen Lande wie Rußland. Im dem Ruin der russischen Landwirtschaft ist zu nicht geringem Teil der Arbeit des Landwirts sich auf die eigentliche Landwirtschaft beschränkt, desto mehr wird sie Saisonarbeit, die zu manchen Zeiten ungenügend ansehnlich, um dann wieder fast völlig zu stocken. In der Stadt kann der Inhaber

eines Saisongewerbes seine Arbeiter entlassen, wenn die stille Zeit kommt. Er bekommt wieder welche, wenn das Geschäft sich belebt. Und der entlassene Arbeiter findet verschiedene Möglichkeiten, sich über die Arbeitspausen durchzuhelfen, wenn auch oft unter großen Entbehrungen. Auf dem Lande dagegen wird meist nur ein Gewerbe betrieben — abgesehen von der Forstwirtschaft, die nicht überall Winterverdienst gibt —, der Landtagelöhner findet in den Zeiten ruhender Landwirtschaft kaum Beschäftigung. Dafür sind aber in den Zeiten großer Arbeitsintensität zusätzliche Arbeitskräfte meist schwer zu haben.

Zu diesen Nachteilen der Abwanderung der Industrie vom Lande in die Stadt gesellt sich noch der, daß dort die Bevölkerung abnimmt, indes sie sich hier zusammendrängt. Daß der Landbevölkerung die geistigen Anregungen fehlen, indes die Stadt sie in reichem Maße bietet, daß jene also geistig verkümmert, wenn nicht absolut, so doch relativ, im Vergleich zur städtischen Bevölkerung, und eine große geistige Kluft zwischen Stadt und Land sich auftritt, was zur Feindseligkeit zwischen beiden nicht wenig beiträgt.

Dafür werden die Städte Zentren nicht nur höherer Intelligenz, sondern auch des Luxus, der Lieberlichkeit, der Kriminalität. Der städtische Arbeiter verliert die enge Fühlung mit der Natur und läuft Gefahr, physisch zu verkommen. Dabei bringt die Zusammendrängung der Bevölkerung in den Großstädten wachsende Kosten des Transports für ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln, mit Wasser und anderen Lebensbedürfnissen mit sich, sowie nicht minder wachsende Kosten für die Entfernung ihrer Abfälle und Exkretien, deren wertvolle Düngstoffe zum großen Teil der Landwirtschaft verloren gehen.

Diese Trennung von Industrie und Landwirtschaft, von Stadt und Land in dem hohen Maße, wie sie heute eingetreten ist, gehört zu den schlimmsten Wirkungen des industriellen Kapitalismus, und ehe sie nicht aufgehoben ist, wird die Überwindung seiner Schäden keine vollkommene sein.

Ansätze zu einer Verlegung einzelner industrieller Betriebe aufs flache Land finden sich heute schon. Die ersten Formen kapitalistisch ausgebeuteter Industrien, sowohl Hausindustrien wie Bergbau, entstanden außerhalb der Städte. Als dann das Maschinenwesen aufkam, bildete seine erste bewegende Kraft

das Wasser, weshalb heute noch in England eine Fabrik „mill“, das heißt Mühle genannt wird. Die Industrie ging den Wasserkräften nach in einzelne Flußtäler. Dampfmaschine und Eisenbahnen haben dann die große Mehrzahl der Industrien in einzelnen Städten zentralisiert.

Bisher waren die Bewegtendenzen nicht stark genug, diese Bewegung rückgängig zu machen. Wohl werden einzelne Fabriken aufs Land verlegt, wenn sie dort billige Arbeitskräfte finden. Andererseits gehen andere Industrien dem landwirtschaftlichen Rohmaterial nach, das oft aus technischen oder ökonomischen Gründen einer weiten Transport nicht verträglich; so Zuckerrübenfabriken, Spiritusbrennereien, Fabriken von Gemüskonservern und dergleichen.

Endlich ist auch mancher Fabrikant dazu übergegangen, ein Gut in der Nähe seiner Fabrik nicht zu seinem Vergnügen zu erwerben, sondern um die Versorgung seiner Arbeiter mit manchen Lebensmitteln, Milch, Butter, Eier, Fleisch zu erleichtern und billiger zu gestalten.

Aber alle diese Unternehmungen sind noch zu vereinzelt geblieben, um das soziale Gesamtbild fühlbar zu beeinflussen, sie wurden ganz systemlos vorgenommen, und sie sind alle an das eigentliche Problem gar nicht herangegangen: die organische Verbindung industrieller mit landwirtschaftlicher Produktion.

Hierfür ist durch den Kapitalismus nicht die mindeste Vorarbeit geleistet worden. Es wird Aufgabe des sozialistischen Regimes sein, durch Experimente zweckmäßige Formen der Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft zu finden, bei denen die Industrie nicht nur ihren Standort auf dem flachen Lande findet und der landwirtschaftliche Betrieb nicht nur als Vorsekret für die Industriearbeiter in Betracht kommt, sondern die Arbeitskräfte auch so geschult und organisiert sind, daß die Industriearbeiter in Zeiten großer Arbeitsintensität der Landwirtschaft, namentlich während der Ernte, imstande sind, in ihr erfolgreich mitzuwirken; und die Landarbeiter imstande, sich bei mangelnder Feldarbeit, also besonders im Winter, in der Industrie zu betätigen.

Eine noch höhere Form der Verbindung von Industrie und Landwirtschaft würde dort gegeben, wo es gelänge, jeden Arbeiter regelmäßig, tagaus tagein, einige Stunden im Freien,

auf dem Felde, und einige Stunden in der Fabrik zu beschäftigen und so die Geist und Körper zermürbende Monotonie der einseitigen Arbeit aufzuheben.

Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter würden sicher enorm gewinnen, wenn jeder von ihnen bei sagen wir achtstündiger Arbeitszeit vier Stunden tätig wäre. Bei der Anwendung von drei Schichten könnte dabei hier wie dort die Gesamtarbeitszeit im Betrieb zwölf Stunden ausmachen.

Diese Zeiten könnten natürlich den wechselnden Bedürfnissen der Landwirtschaft an Arbeitskraft angepasst werden. Im Winter könnte etwa die Arbeitszeit des einzelnen in der Fabrik auf fünf Stunden, in der Landwirtschaft auf drei Stunden festgesetzt werden, während im Hochsommer das umgekehrte Verhältnis stattfände.

Wie gesagt, Erfahrungen auf diesem Gebiet liegen noch nicht vor, sie müßten erst gesammelt und verarbeitet werden. Selbstverständlich dürfte man dabei auch nicht schablonenhaft verfahren. Nicht für jede Industrie würde die gleiche Organisation passen, und jede hat ihren besonderen Standort, auf dem sie am besten gedeiht.

Andererseits wird das städtische Wesen nicht völlig aufhören können. Die Städte werden fortfahren zu bestehen als Zentren des staatlichen Verwaltungsapparats und der höheren Bildungssphären. Aber mit der Reduzierung der staatlichen Bureaucratie und der Zunahme der lokalen Selbstverwaltung wird auch der Umfang des Beamtenkörpers im Zentrum des Staates abnehmen. Dabei wird die Dezentralisation der Industrie einen um so höheren Grad erreichen können, je mehr sie planmäßig organisiert und von den Schwankungen des Marktes unabhängig wird, je besser endlich das Verkehrsweisen im Lande.

Was an zentralen Institutionen in den Städten übrigbleibt, wird kaum eine größere Bevölkerung mit sich bringen, als einer Mittelstadt mit etwa 100000 Einwohnern entspräche.

Auf der anderen Seite werden die Dörfer durch die Verlegung der Industrie aufs flache Land zu kleinen Städtchen anwachsen, wie sie es in Italien schon sind, was wieder die Trennung von Betrieb und Haushalt in der Landwirtschaft und die Ausdehnung des Großbetriebs fördern muß.

Allerdings, wie gesagt, liegen über die Industrialisierung der Landwirtschaft noch keine Erfahrungen vor. Die Lösung der Aufgabe würde auch eine ungeheure Masse Kubanten auf dem flachen Lande verursachen, sie erfordert eingehende Vorarbeiten und wird einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Sie kann nur von einem sehr reichen Staate mit bereits festgewurzelttem Sozialismus in Angriff genommen werden. In der Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, von der wir hier vornehmlich handeln, kommt sie noch wenig in Frage.

Indessen dürfte es doch nicht überflüssig sein, auf das Problem jetzt schon hinzuweisen, damit Praktiker und Theoretiker beginnen, sich damit zu beschäftigen und Erfahrungen zu sammeln, wie ja auch die Experimente mit den Produktivgenossenschaften der vierziger Jahre, obwohl sehr verfrüht und praktisch unzulänglich, uns doch manche wertvolle Einsicht verschafft haben.

Wir können den Sozialismus nicht aus bloßen Spekulationen gewonnenen Theorien entwickeln. Sie müssen begründet sein auf Erfahrungen. Je mehr und längere Erfahrungen uns zu Gebote stehen, desto sicherer werden unsere Schritte in der Zukunft sein.

Im allgemeinen haben wir gefunden, daß die Sozialisierung in der Landwirtschaft mehr Schwierigkeiten findet und größere Vorarbeiten erfordert als in der Industrie. Trotzdem wird ein sozialistisches Regime sie nicht auf die lange Bank schieben dürfen. Je erfolgreicher und je eher der Sozialismus sich in der Landwirtschaft geltend macht, um so leichter entwirft er seinen gefährlichsten Gegner, die Bauernschaft.

Die Kapitalisten sind in einem industriell hochentwickelten demokratischen Gemeinwesen als physischer Nachfaktor nicht mehr zu fürchten. Das Proletariat ist da wohl imstande, mit ihnen fertig zu werden, soweit sie ökonomisch bereits entbehrlich geworden und die intellektuellen Kräfte, über die das Proletariat verfügt, denen der Kapitalisten gewachsen sind. Das Kraftverhältnis zwischen Kapital und Proletariat ist da eine Frage der Ökonomie und der Intelligenz, nicht physischer Macht.

Der Bauer dagegen stellt immer noch nicht bloß eine gewaltige ökonomische, sondern auch physische Macht dar, die

Rautsch, Proletarische Revolution.

dem proletarischen Regime unter Umständen sehr hinderlich, ja selbst gefährlich werden kann. Sein ökonomischer Gegensatz zum Proletariat ist jedoch weit weniger tief begründet als der des Proletariats zum Kapital.

Auch dort, wo das proletarische Regime das Kapital für alle die Produktionsmittel entschädigt, die es an den Staat oder die Gemeinde abzugeben hat, droht den Kapitalisten der Verlust der Macht, die sie bisher geübt haben. Der kleine Bauer dagegen, der keine Lohnarbeiter ausbeutet, hat durch den Sozialismus an Macht nichts zu verlieren, an Ruße und Wohlstand zu gewinnen.

Er glaubt jedoch nicht an theoretische Versicherungen, er kann nur durch praktischen Anschauungsunterricht gewonnen werden. Ihm diesen zu bieten, ist für uns von größter Wichtigkeit. Aber freilich, er muß anderer Art sein als der Anschauungsunterricht in Sozialismus, den 1917 die Bolschewiki der Welt zu erteilen versprochen. Weniger ruhredig, weniger rasch, aber gründlicher vorbereitet, so daß er von vornherein die besten Resultate erzielt.

Gelingt das, dann wird das siegreiche Proletariat nicht bloß im eigenen Lande die gefährlichste Opposition bald dahinschwenden sehen, sondern auch den sozialistischen Proletariern in Staaten mit überwiegend agrarischer Bevölkerung ihren Kampf sehr erleichtern und ihren Sieg beschleunigen. Diese Länder werden dann nicht mehr, wie die ökonomisch führenden Staaten, die ganze Wüste des Kapitalismus durchzürren haben, um in das gelobte Land des Sozialismus zu gelangen. Sie werden das Ziel auf sehr verkürztem Wege zu erreichen vermögen.

10. Das Geld.

a) Die Inflation.

Wir haben bisher immer unter der Voraussetzung gehandelt, daß das Geld fortfährt, zu bestehen und zu funktionieren. Ist das richtig? Wird nicht in einer sozialistischen Gesellschaft das Geld abgeschafft sein? Folgt das nicht mit Notwendigkeit aus dem Begriff der Bedarfsbedeutungswirtschaft? In der Tat gilt heute noch bei vielen Sozialisten die Aufhebung des Geldes als eine selbstverständliche sozialistische Forderung. Und von

bolschewistischer Seite wurden wir bereits darauf hingewiesen, daß den besten Weg dazu die Inflation bilde, die Überflutung der Welt mit Banknoten, die schließlich wertlos werden. Diese Art Sozialismus ist in der Tat diejenige, die in Rußland die reichsten Fortschritte gemacht, aber ebensowenig wie die anderen Arten des russischen Sozialismus zur Befriedigung der Arbeiter und der Sozialisten gedient hat.

Es muß vor vornherein einleuchten, daß, wenn man das Geld abschaffen will, der einzige Weg dahin darin bestehen darf, die Funktionen überflüssig zu machen, die das Geld bisher erfüllte. Die Inflation läßt aber diese Funktionen bestehen, sie ruiniert nur das Werkzeug, mit dem sie vollzogen wurden, und hemmt und stört so das ganze gesellschaftliche Leben.

Die erste und wichtigste Aufgabe des Geldes ist die Vermittlung des Austausches und der Zirkulation der Waren. In der Warenproduktion erzeugt jeder das, was er nicht selbst braucht, und gewinnt die Gegenstände, die er braucht, durch Austausch der Produkte seiner Arbeit, respektive der seiner Arbeiter, gegen die Produkte fremder Arbeit. Keiner will dabei für den anderen umsonst arbeiten. Bei völliger Freiheit der Konkurrenz und der Arbeit werden Produkte einander im Werte gleichgesetzt und als gleichwertige gegeneinander ausgetauscht, die mit dem gleichen Arbeitsaufwand hergestellt wurden. Die Erzeugung der Produkte durch Lohnarbeit statt durch eigene Arbeit kann dieses Gesetz etwas modifizieren, nicht aber aufheben.

Sobald der Austausch der Waren durch Geld vermittelt wird, durch eine Ware, die jeder nimmt, wird die Wertbeständigkeit der Geldware und dann auch der Geldzeichen, die als bestimmte Mengen der Geldware gelten, wichtig. Denn es wird möglich, eine Ware zu kaufen, aber sie erst später zu bezahlen. Es wird auch möglich, eine Ware zu verkaufen, ohne daß man das Geld, das man für sie erhält, sofort wieder zu einem neuen Kauf ausgibt. Ist das Geld nicht wertbeständig, sinkt es im Wert, so repräsentiert es nach einiger Zeit weniger Arbeit als früher, der Besitzer des Geldes hat in diesem Falle einen Teil seiner Arbeit oder der seiner Lohnarbeiter umsonst geleistet. Wenn ich eine Ware, die 10 Stunden Arbeit in sich verkörpert, zu ihrem vollen Wert verkaufe und das Geld, das

ich bekam, nach einem Monat nur noch 9 Stunden Arbeit repräsentiert, habe ich 1 Stunde umsonst gearbeitet. Ist die Entwertung des Geldes auf ökonomisch nicht gerechtfertigte Geldfabrikation des Staates zurückzuführen, so ist neben den Valutaspekulanten er es, für den ich umsonst gearbeitet habe.

Die Inflation, die Geldentwertung, weit entfernt davon, eine sozialistische Maßregel zu sein, ist eine Besteuerung der Bevölkerung zugunsten des Staates und der Spekulanten. Sie bildet auf der einen Seite eine Steuer, weit ungerechter, drückender, zerstörender, sinnloser als irgendeine, auch eine indirekte, planmäßig auferlegte Steuer, und daneben ist sie ein Mittel, die schädlichsten Elemente der Kapitalistenklasse zu bereichern. Das wachsende Elend, das die Inflation im Gefolge hat, erzeugt mit Notwendigkeit den wachsenden Reichtum der Schieber, dessen Weser die Guillotine zur Zeit der Assignatenwirtschaft, noch die Tscheta des bolschewistischen Terrors Herr wurde.

Die Inflation ist unter allen Umständen ein fürchtbares Übel. Doch trifft es in einem kapitalistischen Staate nicht die Arbeiter allein, sondern auch viele Kapitalisten. Die Schieber gedeihen dabei, aber die Rentner werden ins Elend gestürzt.

Ganz anders wirkt die Inflation als sozialistische Maßregel in einer Sowjetrepublik der Arbeiter und Bauern, wo bereits die ganze Kapitalistenklasse expropriert wurde, und zwar ohne jede Entschädigung. Hier dient das Geld fast ausschließlich zu Zahlungen an Arbeiter, Beamte und Bauern. Die Geldentwertung ist da nur noch ein Mittel, Arbeiter, Beamte, Bauern um einen Teil ihres Lohnes oder Arbeitsprodukts zu betrügen.

Sollte also das proletarische Regime bei seinem Beginn eine Inflationswirtschaft vorfinden, wird es alle Ursache haben, zu trachten, daß sie so schnell wie möglich ein Ende nehme. Es darf auf keinen Fall eine solche Wirtschaft beginnen oder einreißen lassen.

b) Die Abschaffung des Geldes.

Die Inflation ist also nicht der richtige Weg zur Abschaffung des Geldes. Wir haben auch gesehen, daß die kapitalistische Wirtschaft sich nicht mit einem Schläge beseitigen läßt. So lange das nicht erreicht ist, wird man auch vom Gelde nicht absehen können.

Wird man später des Geldes entraten können? Manche Sozialisten halten den Sozialismus für gleichbedeutend mit dem „Ende des Geldes“. So Dr. Otto Neurath in seiner bereits zitierten Schrift „Wesen und Weg der Sozialisierung“. Auf S. 14 schreibt er da:

„Wir müssen uns endlich von veralteten Vorurteilen befreien und in der Groznaturalwirtschaft eine vollwertige Wirtschaftsform erblicken, welche heute um so bedeutsamer ist, als jede vollständige Verwaltungsverwaltung der letzten Endes Naturalwirtschaft ist. Sozialisieren heißt daher die Naturalwirtschaft fördern. In der zersplitterten, unbeherrschbaren Geldordnung festhalten und gleichzeitig sozialisieren wollen, ist ein innerer Widerspruch. Es gehört zum Wesen des Geldes, daß es nicht geleitet werden kann, und alle Versuche, die „richtige Geldmenge“ zu bestimmen, sind vergebliches Bemühen. Die bisherigen geldpolitischen Bestrebungen waren praktisch ergebnislos, theoretisch unzulänglich, nicht, weil die Bearbeiter unfähig waren, sondern weil das Geld ein ungeeignetes Objekt all dieser Bemühungen war. Wenn man einmal das Wesen des Geldes voll erkannt haben wird, dann wird es allen wie Schuppen von den Augen fallen, und die Entwicklung von Jahrhunderten wird wie ein großer Irrtum erscheinen.“

Die Schlüsselzeilen dieses Absatzes sind nicht ganz klar. Will Dr. Neurath mit ihnen sagen, daß es ihm endlich gelungen ist, das Wesen des Geldes klar zu erkennen, und daß die Weltgeschichte der letzten Jahrhunderte darunter leidet und deswegen ein großer Irrtum war, weil Dr. Neurath nicht früher geboren wurde? Aber dann wäre es seine Aufgabe, uns seine klare Erkenntnis des Geldes mitzuteilen, damit auch uns die Schuppen von den Augen fallen. Oder will er sagen, und die Fassung des Satzes deutet darauf hin, daß die vollkommene Klarlegung des Geldes erst von irgendwem zu schaffen ist? Wie kommt er dazu, aus dieser noch ungeborenen Theorie bereits Konsequenzen zu ziehen und zu verkünden, was sie alles leisten wird? In der Welt der Erkenntnisse kann man nicht mit Wechsellern zahlen, die erst später fällig werden. Da muß har bezahlt werden, allerdings, zur Erbauung des Dr. Neurath sei es gesagt, nicht mit Geld, sondern mit Naturalien, mit wirklichen Aufdeckungen.

Einstweilen aber bin ich leider nicht in der Lage, mich von „veralteten Vorurteilen zu befreien“, wenn darunter auch die

Marxsche Geldtheorie zu verstehen ist. Solange nicht die Neurath'sche Zukunftstheorie des Geldes vorliegt, halte ich mich an die vollkommenste der bestehenden, an die Marxsche.

Von einer bereits vorhandenen Geldtheorie des Dr. Neurath erhalten wir aber eine nicht ganz befriedigende Vorstellung, wenn wir von ihm hören, es sei ein innerer Widerspruch, an der „zerpflitterten, unbeherrschbaren Geldordnung festhalten und gleichzeitig sozialisieren zu wollen“, denn „es gehört zum Wesen des Geldes, daß es nicht geleitet werden kann“.

Danach müßte man annehmen, das Geld hätte eine eigene Bewegung, die ganz anarchisch sei und sich durch nichts beeinflussen lasse. Ich bin leider der selben Meinung wie Marx, der diese Auffassung als auf bloßem Schein beruhend betrachtet:

„Obgleich die Gelbbewegung nur Ausdruck der Warenzirkulation, erscheint umgekehrt die Warenzirkulation nur als Resultat der Gelbbewegung.“ (Kapital, I, Volksausgabe, S. 75.)

Mit dem Charakter der Warenzirkulation ändert sich auch der der Gelbbewegung. Eine Gelbbewegung, die der Gesellschaft als selbständige, unter allen Umständen „unbeherrschbare“ Macht entgegentritt, gibt es nicht.

Der „unbeherrschbaren Geldordnung“ setzt Neurath entgegen die „Naturalwirtschaft“. Was haben wir darunter zu verstehen? In den Anfängen der Wirtschaft finden wir die Produktion für den Selbstgebrauch. Jede der kleinen Gemeinschaften jener Periode erzeugt alles selbst, was sie braucht, und verteilt es unter ihre Mitglieder. Da ist Geld wirklich eine ganz überflüssige Sache.

Über dieses Stadium wächst die Gesellschaft hinaus durch die Arbeitsteilung zwischen einzelnen Produktionsbetrieben. Manche von ihnen fangen jetzt an, Dinge zu produzieren, die die anderen nicht produzieren, aber gern hätten. Dafür erzeugen die anderen Dinge im Überfluß, an denen jene Mangel leiden. Hier setzt der Austausch von Produkten zwischen den Betrieben ein; diese Produkte werden dadurch zu Waren, ihre Produktion ist Warenproduktion.

Zunächst werden Waren nur direkt getauscht. Wann ein solcher Tauschhandel gelingt, das ist eine ganz zufällige Sache. Wenn ein Schreiner verschiedene Tische, Stühle, Schränke zu

Markte bringt, die er fabriziert hat, und ein Müller eine Reihe von Säcken Mehl, so genügt es für das Gelingen des Austausches nicht, daß der Schreiner nach Mehl verlangt. Der Müller muß auch gerade einen Tisch, Stuhl oder Schrank brauchen.

Im Zeitalter des direkten Austausches der Waren kann daher kein Betrieb sich darauf verlassen, daß der Austausch gelingt, den er braucht. Alle lebensnotwendigen Dinge muß jeder selbst erzeugen. Nur Luxusartikel oder Dinge, auf die man warten kann, bis eine Gelegenheit sich bietet, sie zu erwerben, fallen in das Gebiet des Tausches. Die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben ist da in sehr enge Grenzen gebannt. Die Tauschhandlungen bleiben vereinzelt und sind ein äußerst schwerfälliger Prozeß. Jeder strebt natürlich danach, nicht umsonst für den anderen zu arbeiten. Das Messen des Werts der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit beginnt schon sich geltend zu machen. Aber es beherrscht nicht gesetzmäßig den Austausch; das Verhältnis, in dem die einzelnen Produkte miteinander ausgetauscht werden, hängt von zahllosen Zufälligkeiten ab.

Ein gewaltiger Fortschritt wird gemacht, sobald bei den Austauschen eine Ware austritt, die jeder gerne nimmt. Jeder, der diese Ware besitzt, kann nun ohne weiteres alles von gleichem Wert erwerben, das auf den Markt kommt. Besitzt er Borräte dieser einen Ware, so kann er stets sicher sein, seine Bedürfnisse zu befriedigen, soweit die auf den Markt gelangenden Produkte der anderen Betriebe dazu ausreichen. Auf der anderen Seite ist jeder bereit, seine Ware gegen jene allgemein annehmbare Ware hinzugeben, auch wenn er für diese als Gebrauchsgegenstand augenblicklich keine Verwendung hat. Er weiß, daß er stets in der Lage sein wird, durch ihre Hingabe ein Bedürfnis zu befriedigen.

Jetzt werden die Tauschhandlungen zahlreicher, der Austauschprozeß vollzieht sich rascher und regelmäßiger. Der direkte Tausch von Ware gegen Ware tritt nun immer mehr zurück gegenüber dem Austausch besonderer Waren gegen die allgemein von jedem gern genommene Ware.

Infolgedessen nimmt die Arbeitsteilung unter den Betrieben zu, die Produktion für den Markt drängt immer mehr die für den Selbstgebrauch zurück. Der Warenaustausch wird aus einem

zufälligen, gelegentlichen ein regelmäßiger Vorgang, die verschiedensten Waren messen ihren Wert im Austausch nun immer mehr an der einen Ware, die allgemein genommen wird; der Tauschwert jeder einzelnen Ware verkörpert sich nun immer mehr in einer bestimmten Menge der allgemein den Tausch vermittelnden Ware, und die Bestimmung des Werts durch die Arbeit setzt sich jetzt immer mehr durch, nicht als bewußte Tat, sondern als unbewußtes Ergebnis.

Gerne allgemein den Tausch vermittelnde Ware ist nun nichts anderes als das Geld.

Das ist gerade nichts Neues, was da gesagt wurde, und jedem bekannt, der sich mit dem Marxschen „Kapital“ beschäftigt hat. Es mußte hier nochmals entwickelt werden, um das Wesen der Naturalwirtschaft klarzulegen.

Marx unterscheidet zwischen der Produktion für den Selbstgebrauch und der Warenproduktion. Es macht für ihn jedoch keinen wesentlichen Unterschied aus, ob die Waren direkt getauscht oder gegen Geld verkauft und mit Geld gekauft werden. Das Letztere ist nur eine technische Erleichterung des gleichen Prozesses.

Eine andere Unterscheidung macht die herkömmliche Ökonomie. Sie wußt die beiden so wesentlich verschiedenen wirtschaftlichen Stadien der Produktion für den Selbstgebrauch des eigenen Betriebs und der Warenproduktion mit direktem Warenaustausch zusammen unter dem Namen der Naturalwirtschaft. Dafür unterscheidet sie die wesentlich nicht verschiedenen beiden Stadien der Warenproduktion, die des direkten und die des durch Geld vermittelten Austausches von Waren. Das erste dieser Stadien weist sie der Naturalwirtschaft zu, das zweite dagegen erscheint ihr als eine fundamental verschiedene Wirtschaftsform, als die „Geldordnung“.

Man sieht, Neurath verspricht uns wohl eine ganz neue Erkenntnis vom Wesen des Geldes, die uns die Schuppen von den Augen fallen läßt, einseitigen aber begnügt er sich damit, in dieser Erkenntnis hinter Marx zurückzugehen.

Wie wird sich nun die sozialistische Wirtschaft gestalten? Sie wird gewiß nicht eine einzige Fabrik bilden, wie Lenin einmal meint. Sie wird den Bedürfnissen der modernen Arbeitsteilung entsprechend in zahlreiche Betriebe zerfallen, die wohl,

zum Unterschied von der Warenproduktion, nicht mehr Privateigentum einzelner Produzenten sind, sondern Eigentum der Gesamtheit der Konsumenten, deren Bedürfnisse sie zu befriedigen haben. Aber damit muß Hand in Hand gehen möglichste Freiheit der Produzenten in jedem Betrieb, dieser wird in hohem Grade autonom sein.

Gleichzeitig wird der Sozialismus auch nicht die Lösung des Haushaltes vom Betrieb rückgängig machen, die ein Produkt der industriellen Entwicklung ist.

Das besagt aber, daß auch die sozialistische Gesellschaft ohne ein System des Austausches der Produkte nicht wird bestehen können. Ihr Austausch wird doppelter Art sein müssen: einer zwischen Betrieb und Betrieb, zum Erwerb von Produktionsmitteln, zu Zwecken produktiven Konsums. Und einer zwischen Betrieb und Haushaltung, zum Erwerb von Konsumtionsmitteln, zu Zwecken persönlichen Konsums.

Auch Neurath muß das zugeben. Aber er meint, das sozialistische Prinzip verlange, daß dieser Austausch direkt, in Naturalien, ohne Vermittlung des Geldes vor sich gehe. Vor dem Geld hat er eine abergläubische Angst, wie man sie vor unbegreiflichen Dingen zu haben pflegt. Das Eingreifen des Geldes, fürchtet er, würde alles ruinieren. Die Rückkehr zum direkten Tauschhandel, wie er bei Wilden üblich ist, erscheint ihm als großer Fortschritt zum Sozialismus. Triumphierend verkündet er:

„Wo wir hinklicken, sehen wir heute ein Vordringen naturalwirtschaftlicher Tendenzen. Der Tauschhandel in kleinem Stil ist ja jedermann zum Überdruß bekannt. Aber auch in größerem Umfang ist der Austausch von Naturalien vorgekommen. Einzelne Regierungenpräsidenten haben während des Krieges die Abgabe von Zucker usw. an die bäuerliche Bevölkerung mit Erfolg von der Lebensmittellieferung abhängig gemacht. Wie weit die Zerrüttung des Geldwesens, wie weit die Nationalisierungen die Naturalwirtschaft förderten, soll hier nicht weiter erörtert werden.“ (S. 14.)

Ist auch nicht notwendig. Das Ausgeführte genügt zu zeigen, wo wir die Quelle der Anschauungen zu suchen haben, die Neurath und andere seiner Art vom Sozialismus haben: Aus den Verlegenheitsprodukten, die der Kriegsnot entsprangen und die mit ihr wieder verschwanden, machen sie durch Ver-

allgemeinerung ein ganzes System, das ihnen als Sozialismus erscheint.

Es ist eine ganz sonderbare Vorstellung, am Austausch festzuhalten, das Werkzeug aber aufzugeben, das allein das glatte, stetige Funktionieren dieses Austausches sichert, ja ohne welches Arbeitsteilung und Austausch in der bisherigen Ausdehnung überhaupt nicht möglich wären.

Ohne Geld sind nur zwei Arten Wirtschaft möglich:

Einmal die schon erwähnte primitive. Auf moderne Dimensionen übertragen, würde das heißen: Die ganze produktive Tätigkeit im Staate bildet eine einzige Fabrik unter einer zentralen Oberleitung, die jedem Einzelbetrieb seine Produktionsaufgaben zuweist, alle Produkte der gesamten Bevölkerung aufnimmt und jedem Betrieb seine Produktionsmittel, jedem einzelnen Konsumenten seine Konsumtionsmittel in natura zuweist.

Das Ideal eines solchen Zustandes ist das Zuchthaus oder die Kaserne, deren Inassen ja auch im wesentlichen alles, was sie brauchen, in natura zugemessen bekommen.

Diese monotone Barbarei lauert tatsächlich hinter den Vorstellungen von der „Naturalwirtschaft“ des Sozialismus. So spricht Neurath auf Seite 11 der in Rede stehenden Broschüre von dem Wirtschaftsplan des sozialistischen Gemeinwesens, der zu entwerfen sei:

„Auf Grund der vorliegenden Daten würde festgestellt werden, wieviel Brot, wieviel Fleisch, wieviel Wohnung, wieviel Kleidung usw. auf den einzelnen höchstens entfallen können. . . . Es muß dann nur noch entschieden werden, welche Vorzugsversorgung Schwerarbeitern, Kindern, Kranken zuteil werden muß, wie man besonders wichtige Leistungen belohnen will, ob man Erfinder, Dichter, Techniker, Ärzte, die Großes für die Allgemeinheit geleistet haben, etwa wie im alten Ägypten im Pythaeum (Ehren-Altersheim) speisen will. Die Bestimmung der Rationsrationen hat uns gezeigt, daß hierbei gesellschaftstechnisch nicht übermäßig schwierig ist.“

Sicher, wenn man das ganze Leben des Kulturmenschen auf Kriegsrationen reduzieren will. Alle Welt bekommt die gleichen Mengen Brot, Fleisch, Wohnung, Kleider, persönliche Neigungen spielen dabei keine Rolle, Unterschiede werden nicht gemacht, nur für Kinder und Dichter wird besonders gekocht. Wir erfahren leider nicht, wie viele Kilogramm Bäckerei jedem

Bürger im Jahr zugewogen werden, und wie oft die Bewohnerschaft eines jeden Hauses ins Kino geführt wird.

Neben dieser schablonenhaften Zuteilung der gleichen Lebensmittel und der gleichen Lebensgenüsse an den einzelnen ist auch noch eine andere Form des Sozialismus ohne Geld denkbar, die Leninische Auffassung dessen, was Marx als zweite Phase des Kommunismus bezeichnet: Jeder produziert aus freien Stücken so viel, als er kann, und die Produktivität der Arbeit ist so hoch gestiegen, die Menge und Mannigfaltigkeit der Produkte so gewaltig, daß man es jedem einzelnen überlassen kann, zu nehmen, was er braucht. Dazu braucht man natürlich kein Geld.

So weit sind wir aber noch nicht. Wir können heute nicht einmal ahnen, ob wir jemals so weit kommen. Jegendwelche Voraussetzungen, die uns derartiges erwarten ließen, sind noch nicht gegeben. Jener Sozialismus aber, mit dem allein wir es heute zu tun haben, auf dessen Wesen wir aus den heute bereits vorhandenen Voraussetzungen mit einiger Bestimmtheit schließen können, wird leider über diese beneidenswerte Freiheit und Fülle noch nicht verfügen können, er wird sich aber auch der Enge und Monotonie der „Naturalwirtschaft“ widersetzen und daher ohne Geld nicht auskommen können.

c) Das sozialistische Geld.

Wird es also auch in einer sozialistischen Gesellschaft Geld geben und geben müssen, so werden doch dessen Funktionen nicht ganz die gleichen sein wie heute.

Seine wichtigste ist in der gegenwärtigen Produktionsweise seine Verwandlung in Kapital. Jedes Kapital muß sein Funktionieren als Geldstamme beginnen. Wird es gegen Zins ausgeliehen, dann behält es die Geldform, es bildet Geldkapital. Es kann aber auch sich in Waren verwandeln, die wie sie sind mit einem Profit weiterverkauft werden — dies die Form des Handelskapitals. Endlich kann es angewandt werden zum Ankauf von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die neue Waren mit einem Mehrwert produzieren — dies bildet die höchste Form des Kapitals, das industrielle Kapital.

Welche Formen immer aber das Kapital im Verlauf seines Wirkens annehmen mag, in seinem Beginn muß es stets die

Geldform besitzen. Auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten, Geld als Kapital anzuwenden, heute so sehr entwickelt, daß fast alles Geld, das nicht für sofortige Konsumzwecke bereit zu halten ist, zu Kapital werden kann, wenigstens in der Form des zinstragenden Kapitals.

So kommt es häufig vor, daß man Geld und Kapital identifiziert. Dann muß natürlich zur Beseitigung der „Kapitalordnung“ auch die „Geldordnung“ aufgehoben werden. Diese Gleichsetzung von Geld und Kapital scheint auch bei Neurath mitzuspielen, sonst wäre es unbegreiflich, daß er sagt:

„In einer Rechnaturalwirtschaft, in einer sozialisierten Wirtschaft ist das Geld keine treibende Kraft mehr. Es gibt dann keinen „Reingewinn“, um dessenwillen produziert würde.“ (S. 15.)

Hier wird das Produzieren von Mehrwert als Funktion nicht des Kapitals, sondern des Geldes überhaupt betrachtet. Das ist ganz irrig.

In einer sozialistischen Gesellschaft, in der alle Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, ist natürlich keine Möglichkeit mehr für Private gegeben, Geld zum Ankauf von Produktionsmitteln anzuwenden, also es in industrielles Kapital zu verwandeln. Da die Produktion des Mehrwerts für Private aufhört, schwindet damit auch der Zins, aus dem Handelsprofite und Geldzinsen gesäht werden. Der Kaufmann wird ausgefaltet durch Konsumentenorganisationen, sowie durch direktes Kaufen und Verkaufen der großen Produzentenorganisationen untereinander. Es hören auf die großen Geldreichtümer der einen, die Geld borgen könnten, und die Notstände der anderen, die gezwungen sind, Geld gegen Zins zu entleihen. Damit ist auch dem Geldkapital der Boden unter den Füßen weggezogen.

Also für die Verwandlung von Geld in Kapital fehlen in einer vollendeten sozialistischen Gesellschaft überhaupt alle Vorbedingungen.

Aber damit sind doch nicht alle Funktionen des Geldes erschöpft. Es bestand Jahrtausende, ehe es eine kapitalistische Produktionsweise gab. Als Wertmesser und Zirkulationsmittel der Produkte wird es auch in einer sozialistischen Gesellschaft wenigstens so lange existieren müssen, als sie nicht in die geeignete zweite Phase des Kommunismus eingetreten ist, von

der wir heute noch gar nicht wissen, ob sie jemals mehr sein wird als ein frommer Wunsch, ähnlich dem Tausendjährigen Reich.

Wie immer eine sozialistische Gesellschaft organisiert sein mag, sie wird einer sorgfältigen Buchführung bedürfen und ebenso jeder ihrer Betriebe, aus der ganz deutlich jederzeit zu ersehen ist, wieviel er bekommen, wieviel er ausgegeben, wieviel er gewonnen oder zugelegt hat. Das ist aber ganz unmöglich zu erzielen, wenn man die Ein- und Ausgänge nur in natura bucht.

Wenn eine Maschinenfabrik eine Dreschmaschine abliefern und dafür sagen wir 40 Schweine und 100 Zentner Mehl, 20 Zentner Butter und 2000 Eier zugewiesen bekommt, wie kann sie da wissen, ob sie bei dieser Transaktion gewonnen oder verloren, ob sie für die Landwirtschaft oder diese für jene mehr Arbeit geliefert hat, als sie erhielt? Es ist offenbar, die Buchung in Naturalien ergäbe bald nur ein grenzenloses Chaos. Was gebucht werden und stets klar ersichtlich sein muß, das sind die Produktionskosten eines jeden Produkts, jene Kosten, die sich in letzter Linie in Arbeit auflösen. Und nur dadurch, daß alle Produkte dieses Gemeinjahre haben, daß sie Schöpfungen der Arbeit sind, werden die Mengen, in denen sie miteinander auszutauschen sind, meßbar. Nur dadurch werden sie überhaupt austauschbar. Als dieses für den Austausch der Produkte unentbehrliche Meßinstrument dient das Geld, das heißt eine Ware, deren Gebrauchswert nur darin besteht, daß sie eine bestimmte Menge Arbeit oder Wert darstellt.

Wir finden die Funktion des Geldes als Wertmaßstab selbst schon bei dem Austausch der Naturalien.

Die alten Ägypter zum Beispiel brauchten im dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung schon Kupfer und Gold (nicht Silber) als Geldware und allgemeinen Wertmesser der Ware. Aber die in Geld ihrem Werte nach gemessenen Waren wurden meist in natura gegeneinander ausgetauscht.

So wurde bei einer dieser Tauschhandlungen zum Beispiel ein Stier getauscht. Sein Wert wurde festgesetzt auf 119 Kupferum (14,4 Kilogramm Kupfer). Für ihn wurden gegeben eine Matte, die auf 25 Utnu angelegt wurde, 6 Maß Honig zu 4 Utnu, 8 Maß Öl zu 10 Utnu und noch sieben andere Dinge für den Rest.“ (Krausky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, S. 111.)

In gleicher Weise würde, selbst wenn man sich zäh auf den bloßen Austausch von Naturalien beschränken wollte, die Fortdauer des Geldes als Wertmaßstab für die Buchführung und die Berechnung der Austauschverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft unentbehrlich sein.

Die Beschränkung auf den Naturalienaustausch wäre aber ein „Fortschritt“, zu dem nichts drängen würde als einige utopistische Marotten. Die Bedürfnisse des Lebens würden sie bald hinwegjagen, wenn man jemals versuchen würde, sie in die Praxis umzusetzen, was kaum zu befürchten ist.

Ebenso sehr wie als Wertmesser, wird das Geld also als Zirkulationsmittel der Produkte fortfahren zu fungieren.

Wird dazu aber dasselbe Geld erforderlich sein, das heute noch besteht oder doch bestehen sollte, das Geld, das aus einer besonderen Ware, meist Gold, gebildet wird? Könnte man statt diesem Produkt und Repräsentanten menschlicher Arbeit nicht diese selbst direkt als Wertmaßstab bestimmen und ein Arbeitsgeld schaffen, das direkt geleistete Arbeit bescheinigt? Das wäre etwa in der Form denkbar, daß jeder Arbeiter für jede Arbeitsstunde, die er geschafft hat, einen Schein erhält; für diesen erhält er das Anrecht auf das Produkt einer Arbeitsstunde. Für jedes Produkt wäre zu berechnen, wieviel Arbeit es gekostet hat. Für den Lohn eines Arbeitstags könnte der Arbeiter stets Produkte kaufen, deren Herstellung einen Arbeitstag erheischte. Die Rechnung müßte stets glatt ausgehen, jede Ausbeutung wäre ausgeschlossen, jede vollständige Freiheit darin, wie er seinen Lohn anlegen wolle. Jede Bevormundung durch eine Behörde, die dem einzelnen seine Nationen zuteilt, wäre vermieden.

Kein Zweifel, ein solches Geld wäre denkbar. Siehe es sich aber auch praktisch durchführen? Wir wollen ganz absehen von den Komplikationen, die zum Beispiel die Affordarbeit oder die Verschiedenheit der Löhne bringen würde, da doch für unangenehme oder schwere Arbeiten höhere Löhne zu zahlen wären als für angenehme und leichte. Aber welche ungeheure Arbeit würde es bedeuten, für jedes Produkt den Betrag der Arbeit zu berechnen, den es von seinen ersten Anfängen an bis zur völligen Fertigstellung samt Transportarbeit und anderen Nebenarbeiten gekostet hat. Und wäre man fertig, müßte man

wieder von vorne anfangen, da sich inzwischen die technischen Verhältnisse in manchen Branchen geändert hätten.

Und welche Arbeit sollte man berechnen? Doch nicht diejenige, die jedes Produkt wirklich gekostet hat. Da würden die verschiedenen Exemplare gleicher Art verschiedene Preise aufweisen, die unter ungünstigeren Bedingungen erzeugten höhere als die anderen. Das wäre aber absurd. Sie müßten alle den gleichen Preis haben, und der wäre zu berechnen nicht nach der wirklich aufgewendeten, sondern der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Würde es gelingen, diese für jedes Produkt festzustellen?

Dabei bekämen wir eine doppelte Rechnung. Die Entlohnung des Arbeiters würde nach der Arbeitszeit erfolgen, die er tatsächlich aufgewendet hat, die Berechnung des Preises der Produkte nach der zu ihrer Erzeugung gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Die Summe der gesellschaftlich aufgewendeten Arbeitsstunden sollte bei der einen wie bei der anderen Berechnung die gleiche sein. Aber das wäre fast nie der Fall. Der Vorschlag des Arbeitsgeldes begegnet deshalb auf Schritt und Tritt so großen Schwierigkeiten, weil er von einer zu mechanischen Auffassung des Wertgesetzes ausgeht.

Wie kam man denn zu diesem? Durch Beobachtung der Bewegungen und der Verhältnisse der Preise. Seitdem die Produktion von Massengütern für den Markt eine regelmäßige geworden war, bemerkte man, daß die Preise jeder einzelnen Ware trotz aller Schwankungen stets einem bestimmten Niveau zustrebten, mochten sie sich zeitweise noch so sehr darüber erheben oder darunter sinken. Auf der anderen Seite fand man, daß das Verhältnis der Preise der einzelnen Waren zueinander auch, bei allen gelegentlichen Schwankungen, die Tendenz nach einer großen Gleichmäßigkeit aufwies. Doch waren dies Verhältnis und jenes Niveau keine unveränderlichen Größen, nur folgten sie nicht den Wechselfällen der Marktlage, sondern änderten sich nur mit den Produktionsverhältnissen. Wo diese unverändert blieben, änderten sich auch nicht das Niveau und das Verhältnis, dem die Preise zustrebten.

Dieses Niveau bezeichnete man als den Wert der Ware. Früh erkannte man, daß die Höhe des Wertes einer Ware bestimmt wird durch die zu ihrer Erzeugung erforderliche

Menge Arbeit. Diese Lehre wurde immer konsequenter angewandt und verfeinert, bis sie ihren bisher höchsten Ausdruck fand bei Karl Marx.

Eine andere Theorie des Wertes als die des Arbeitswertes gibt es bisher noch nicht. Die Werttheorien, die ihr entgegengehalten werden, beziehen sich auf ganz andere Erscheinungen als jene, die durch die Theorie des Arbeitswertes erklärt werden sollen. Was sie als Wert bezeichnen, ist zum Teil genau besetzen nichts anderes als der Preis, also die oberflächliche Erscheinung und nicht die sie bestimmende, unter ihr wirkende Tendenz. Aber auch der subjektive Wert der Grenznutztheoretiker ist etwas ganz anderes als der Wert im Sinne eines Ricardo oder Marx. Jener ist ein Verhältnis des einzelnen Menschen zu den ihn umgebenden Gütern, dieser dagegen ist eine Erscheinung, die unter gegebenen Produktionsverhältnissen für alle Menschen die gleiche ist, die sie gegeben vorfinden, wie verschieden auch ihre subjektiven Bedürfnisse, Neigungen, Vermögensverhältnisse sein mögen.

Diese beiden Arten von Wert haben also nichts gemein als den Namen, was zur Klarheit gerade nicht beiträgt.

Der Wert, den Marx im Auge hat, entspringt aus bestimmten Produktionsverhältnissen und wirkt wieder auf sie zurück; er ist der Ausgangspunkt zu ihrer Erkenntnis. Der subjektive Wert ist dagegen ein Verhältnis eines einzelnen Individuums zu den ihn umgebenden Dingen, sie mögen durch menschliche Arbeit produziert sein oder nicht; er trägt zur Erkenntnis bestimmter gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse absolut nichts bei.

Für jenen Wert, den Marx und die klassische Ökonomie im Auge haben, ist bisher ein anderer bestimmender Faktor als die Arbeit nicht gefunden worden. Die Theorie des Arbeitswertes hat sich dadurch bewährt, daß sie uns tieferen Einblick als jede andere in die Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Betriebes gestattete. Wir dürfen daher den Arbeitswert als eine Realität betrachten. Aber er bleibt stets eine bloße Tendenz. Er ist real, aber nicht greifbar und genau meßbar. Dies ist nur möglich für seine jeweilige Erscheinungsform, den Preis.

Wir vermögen den Wert einer Ware nie genau zu berechnen und festzusetzen. Der Wert setzt sich nur in der Weise durch,

daß Abweichungen des Marktpreises vom Wert (beziehungsweise Produktionspreis oder Marktwert, was hier nicht näher erläutert werden kann), je größer sie werden oder je länger sie dauern, immer stärkere Widerstände hervorrufen, durch die Veränderungen der Produktionsverhältnisse herbeigeführt werden, die jener Abweichung des Preises vom Wert entgegenwirken.

In diesem Charakter des Wertes werden alle Versuche scheitern, den Wert jeder einzelnen Ware zu „konstituieren“, das heißt das in ihr enthaltene Quantum Arbeit genau zu bestimmen und ein Arbeitsgeld als Mittel zur Zirkulation der so bestimmten Produkte einzurichten. Es wäre eine ungeheuer mühsame und komplizierte Arbeit, man würde nie damit fertig werden. Und doch dürfte das neue Arbeitsgeld nicht früher in Funktion treten, ehe der Wert aller Produkte konstituiert wäre.

Statt sich an die hoffnungslose Arbeit zu machen, fluchen des Wasser mit einem Stroh zu messen — und dieser Art wäre die Konstituierung des Wertes —, wird sich das proletarische Regime für die Zirkulation der Waren an das halten, was es greifbar vorfindet: ihre historisch gewordenen Preise, die heute in Gold gemessen werden, was selbst die weitestgehende Inflation nur verschleiern und verzerren, nicht aber aufheben kann.

Was selbst der ungeheuerste und vollkommenste statistische Apparat nicht zu leisten vermöchte, die Schätzung der Waren nach der in ihnen enthaltenen Arbeit, das finden wir in den überkommenen Preisen als Ergebnis eines langen historischen Prozesses gegeben vor, unvollkommen und ungenau, aber als einzig mögliche Grundlage für möglichst glattes und leichtes Weiterfunktionieren des ökonomischen Zirkulationsprozesses.

Wenn aber die Sozialisierung daran zunächst nichts ändern wird, so wird die Rolle des Preises und damit des Geldes innerhalb des stets wachsenden Bereichs der Sozialisierung sofort fundamental umgewälzt.

Heute produzieren einzelne private Produzenten für den Markt. Die Menge der Produkte, die sie für ihn liefern, bestimmen sie nach ihren bisherigen Erfahrungen und ihren künftigen Erwägungen. Der Preis, den sie für ihre Ware an-

streben müssen, ist durch deren Produktionskosten gegeben. Aber der Preis, den sie wirklich erlangen, hängt nicht davon ab, sondern von dem Verhältnis des Angebots zur Nachfrage.

Dies gilt auch für Waren, die nicht aus Geratewohl für den Markt, sondern auf Bestellung fabriziert werden. Auch die Preise, die dabei vereinbart werden, hängen von dem jeweiligen Stande von Nachfrage und Angebot ab. Ein Unterschied besteht nur darin, daß der Produzent für den Markt auf diesen eine solche Fülle von Waren vorfinden kann, daß er gezwungen ist, sein Produkt zu ruinösen Preisen loszuschlagen, während der Produzent, der auf Bestellung arbeitet, Aufträge, die seine Produktionskosten nicht decken, ablehnen wird. Doch können auch ihn Bestellungen ruinieren, wenn etwa die Preise der Rohmaterialien, die zur Herstellung der bestellten Waren verwendet werden, in höherem Maße steigen, als bei der Vereinbarung der Preise erwartet wurde.

Das Ausmaß, in dem weiterhin produziert wird, hängt dann von der Gestaltung der Preise ab. Bei fallenden Preisen wird die Produktion eingeschränkt, bei steigenden ausgedehnt. Diese farnose Art der Regelung der Produktion kennzeichnet den Kapitalismus, sie schädigt immer die Arbeiterklasse, die ständig zwischen den beiden gegensätzlichen Polen der Feuerung und der Arbeitslosigkeit hin und her geschleudert wird.

Anderes vollzieht sich die Regelung in einer sozialistischen Gesellschaft. Das Ausmaß der Produktion und die Höhe der Preise ist dort nicht das Ergebnis des anarchischen Produzierens für den Markt. Die Produktionsmittel gehören der Gesamtheit der Konsumenten, die nun eins ist mit der Gesamtheit der Arbeiter. Die Gesamtheit der Konsumenten vereinbart von vornherein mit den Produzenten jedes einzelnen Produktionszweigs auf Grund ihrer Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse das Ausmaß der Produktion und die Höhe der Preise. Produktion wie Preise bewegen sich fortan in weit gleichmäßigeren Bahnen. Die Arbeiter brauchen nicht mehr als Konsumenten unter gelegentlicher Feuerung zu leiden, noch als Produzenten unter gelegentlicher Arbeitslosigkeit.

Die Ziffern der Produktion und der Preise einzelner Waren können nun, wenn das gesellschaftliche Interesse es erheischt, abweichend von den aus der kapitalistischen Zeit überkom-

menen festgesetzt werden. Das ist, von Fall zu Fall borgenommen, eine weit einfachere Operation als das Berechnen der Arbeitswerte aller Waren zur Einführung des Arbeitsgeldes. Natürlich wird man dabei nicht willkürlich verfahren können.

Die Arbeitsmenge, über die eine gegebene Gesellschaft verfügt, ist eine beschränkte und nicht nach Belieben zu erweiternde. Will die sozialistische Gesellschaft einen Produktionszweig über sein bisheriges Ausmaß hinaus ausdehnen, so kam das, wenn nicht etwa technische Fortschritte eingeführt werden, nur durch Einschränkung anderer Produktionszweige geschehen, die ihr vielleicht weniger am Herzen liegen. Daneben wird stärker als je die Tendenz nach Angleichung und Angleichung der Löhne bestehen.

So wird ebenso wie das Ausmaß der Produktion einer einzelnen Ware auch die Festsetzung ihres Preises an bestimmte Schranken gebunden sein. Ein Senken der Preise einer einzelnen Ware wird nicht möglich sein durch ein Herabsinken der Löhne ihrer Produzenten, sondern nur durch eine Senkung ihrer sonstigen Produktionskosten, das heißt durch eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit, oder durch eine entsprechende Erhöhung der Preise anderer Waren, die einen Überschuß liefern müssen, wenn die Senkung der einen Ware ein Defizit ergibt.

Da dürfen wir erwarten, daß sich das Gesetz des Arbeitswertes auch in der sozialistischen Gesellschaft im Durchschnitt durchsetzt, trotz der Aufhebung der privaten Produktion und der privaten Konkurrenz.

Wenn in der sozialistischen Produktionsweise Preise und Geld fortbestehen und man bei deren Fortsetzung an die historisch gewordenen Preise anknüpfen muß, wird es notwendig sein, auch an das historisch gewordene Geld anzuknüpfen und das Gold als Geldware zu erhalten.

Aber nicht in natura. Diese Freude dürfen wir den Verfechtern der Naturalwirtschaft machen.

Als Wertmaß ist stets nur gedachtes Gold notwendig oder vielmehr der Wert des Goldes. Um zu berechnen, wieviel Goldmark der Preis eines Paares Stiefel ausmachen soll, müssen keine Goldmark in natura dabei vorhanden sein.

Als Zirkulationsmittel kann Geld freilich nur dienen, wenn es wirklich da ist. Aber auch dabei ist die Naturalform der Goldmünze in hohem Grade zu entbehren und durch papierne Anweisungen zu ersetzen. Wir müssen uns auf diese Andeutung beschränken, können nicht noch eine Theorie des Geldes hier geben.

Dabei wird freilich hinter dem gedachten Gold als Wertmesser und dem papiernen Geld als Zirkulationsmittel immer das Gold als Ware, die einen bestimmten Arbeitswert hat, auch in einer sozialistischen Gesellschaft fortbestehen müssen. Es ist aber auch nicht einzusehen, warum in ihr die Goldproduktion eingestellt werden soll, denn auch sie wird Gold zu industriellen Zwecken brauchen, etwa zu Goldplomben oder zu Schmuckstücken. Die Freude an Schmuck, Glanz und Schönheit wird hoffentlich den Menschen der kommenden Gesellschaft nicht abhanden kommen.

Somit wird nach wie vor Gold produziert werden, nicht, damit es gemünzt werde: diese Ausgabe wird nicht mehr nötig sein, sondern nur, damit es industrielle Anwendung finde. Daher wird es nach wie vor Produktionskosten des Goldes geben und wird dieses einen Wert haben, so daß bestimmte Mengen dieses Metalls als Vorstellung oder Anweisung auch weiterhin dazu dienen können, die Warenpreise auszudrücken und die Warenkörper ihrer ökonomischen Bestimmung zuzuführen.

Die „Geldordnung“ ist eine Maschine, die unentbehrlich ist für den Fortgang einer Gesellschaft mit weitgetriebener Arbeitsteilung.

Es ist sehr wohl möglich, daß später einmal eine vollkommener Form dieses Mechanismus erfunden wird, die seine gegenwärtige Form ersetzt. Dagegen wäre es ein Rückschritt in die Barbarei, wollte man diese Maschine zerschlagen, um zu den primitiven Befehlen der natural wirtschaftenden Vorzeit zu greifen. Diese Methode, den Kapitalismus zu bekämpfen, erinnert bedenktlich an die naiven Arbeiter der ersten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, die wädhnten, sich zu befreien und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu machen, wenn sie die Maschinen in Stücke schlugen, die sie gerade vorfanden.

Wir aber wollen nicht die Maschinen zertümmern, sondern sie der Gesellschaft dienstbar machen, um sie dadurch zu einem Mittel zu gestalten, die Arbeit zu befreien.

d) Die Banken.

Es liegt nicht im Plane dieser Arbeit, in Details über die einzelnen Gebiete der Sozialisierung einzugehen. Aber man kann nicht von der Rolle des Geldes bei der Sozialisierung handeln, ohne einen Blick auf das Bankwesen zu werfen.

Wir haben gesehen, wie in der kapitalistischen Produktionsweise das Kapital bei Beginn jedes Unternehmens und jeden Umschlags die Geldform besitzen muß. Aber je mehr Geld der Kapitalist dabei verfügt, desto umfangreicher kann er sein Unternehmen gestalten, desto größer wird die Masse des Mehrwerts sein, die es ihm bringt, und desto besser seine Aussichten, sich im Konkurrenzkampf siegreich zu behaupten. Jeder industrielle oder kommerzielle Kapitalist sucht daher sein Unternehmen soviel als möglich auszudehnen und zu diesem Zwecke die Verfügung über soviel Geld als möglich zu gewinnen. Er begnügt sich nicht damit, sein eigenes Geld in das Unternehmen hineinzustecken, sondern sucht das Vertrauen, den Kredit, den man ihm und seinem Vermögen schenkt, zu benutzen, um soviel Geld als möglich geliehen zu bekommen, das er dem Unternehmen zuführt. Er gewinnt dabei, wenn der Profit, den er mit diesem Geld erzielt, größer ist als der Zins, den er dafür zahlen muß. Und das ist in der Regel der Fall.

Der Umfang, den die kapitalistische Produktion heute gewonnen hat, läßt sich ohne das Mittel des Kredits nicht aufrechterhalten.

Die Funktion des Kreditgebens erfüllen die Geldkapitalisten, jene Kapitalisten, deren Kapital für sie stets die Form des Geldes beibehält, nie eine andere Form annimmt. Gewerbmäßig betreiben diese Funktion heute vor allem die Geldhändler, die Bankiers, nicht mehr die alten Wucherer, die bloß die Not Bedrängter ausbeuteten, um ihnen entsetzliche Zinsen abzupressen. Der moderne Bankier dagegen befruchtet die Industrie, fördert die Entwicklung der Produktivkräfte und erscheint so als ein Wohltäter der Menschheit.

Aber wie die Industriellen und die Kaufleute sucht auch der Bankier sein Geschäft über das Ausmaß seines eigenen Kapitals hinaus auszudehnen. Und dies Bestreben wird bald eine seiner Hauptfunktionen.

Mehr als andere Private werden die Bankiers Vorkehrungen treffen zur Sicherung der Geldschätze, die sie besitzen.

Da Geld die Ware ist, die jeder nimmt, ist es auch das Objekt, das der Dieb am liebsten nimmt, um so mehr, als es leichter zu transportieren und zu verstecken ist als die meisten Gebrauchsgegenstände. Eine Fabrik oder eine Scheune wird niemand stehlen. Leichter gelingt das mit dem Gelde des Fabrikanten oder des Landwirts, wenn sie nicht über sehr feste Rassen verfügen. Es müssen so trostlose Geldverhältnisse eintreten, wie sie augenblicklich in den Ländern der Besiegten herrschen, daß auch beim Diebstahl die verruchte „Weldordnung“ durch die viel sympathischere Naturalwirtschaft in den Hintergrund gedrängt wird.

Die großen Geldkapitalisten zeichneten sich seit jeher durch die Vorkehrungen aus, die sie zum Schutze ihrer Gelder einrichteten. Grund genug, daß auch andere Besitzer größerer Geldsummen ihnen diese als Depot anvertrauten, um sie so zu sichern. Was das Bankhaus mit dem Gelde macht, war ihnen einerlei, wenn sie es nur vollständig wieder erhielten, sobald sie es forderten. Der Bankier ließ aber die Gelder nicht tot liegen, wenn er Gelegenheit hatte, sie einem zuverlässigen Unternehmer zu gutem Zins zu leihen. So vergrößerte er durch die Depositen sein eigenes Kapital und den Kredit, den er dem Handel und der Industrie gewähren konnte.

Der hohe Zins, den er bekam, gestattete ihm, seinen Depositären ebenfalls einen Zins zu zahlen, natürlich einen weit bescheideneren, und dadurch immer mehr Geldsummen aus den Schränken und den Strümpfen und sonstigen Verstecken anzuladen, wo sie bis dahin tot geruht hatten.

Je mehr die Warenproduktion die übrigen Formen der Produktion zurückdrängt und damit die Anwendung des Geldes zunimmt, wachsen auch die Geldsummen, die der einzelne anhäuft, teils als Konsumtionsfonds, den er augenblicklich nicht braucht, den er aber später verwenden will, um daraus Lebensmittel, Möbel, Luxusartikel zu kaufen, oder als Produktionsfonds, um, sobald er groß genug geworden ist, Produktionsmittel zu erneuern oder durch zusätzliche Produktionsmittel den Betrieb zu erweitern oder einen neuen Betrieb zum alten hinzuzugesellen usw.

Ungeheure Geldsummen werden auf diese Weise von der Gesamtheit der einzelnen Individuen aufgehäuft, die von ihnen erst später verwandt werden sollen und die sie bis dahin den Banken anvertrauen, entweder einzelnen Bankiers oder Aktienbanken, durch die sie wieder der Industrie und dem Handel zeitweise zugeführt werden. Ein riesiger Geldstrom strömt so unaufhörlich durch die Banken, oder vielmehr zwei Ströme. Der eine besteht aus den Depositen, die eingezahlt und an zahlreiche Unternehmungen weiter verliehen werden; der andere aus den von den Banken verliehenen Geldern, die ihnen zurückgezahlt, und jenen Depositen, die von der Bank an die Einleger zurückgegeben werden.

Die Menge dieser Gelder übersteigt weit das Vermögen der Bank. Deren eigenes Kapital dient nur noch dazu, etwaige Störungen auszugleichen, wenn etwa zeitweise aus der Bank mehr Geld entnommen als bei ihr eingezahlt werden sollte.

Je größer die Geldmassen, die so durch die Banken der Industrie und dem Handel zufließen, desto gewaltiger können sich diese ausdehnen, desto abhängiger werden sie aber vom Kredit. Dieser gewaltige Geldstrom wird immer bestimmender für die Gestaltung der Industrie und des Handels — wir können hier auf seine Verästelungen und besondere Formen nicht eingehen, die er durch das Aktienwesen erhält, man vergleiche darüber das klassische Werk Sislerdings über das Finanzkapital. Es ist nicht das Geld der Banken, sondern ihnen anvertrautes fremdes Geld, das sich so das wirtschaftliche Leben der Nation immer mehr unterordnet, aber es sind die Herren der Banken, namentlich einiger weniger führenden Riesenbanken, die den Geldstrom leiten, die über das fremde Geld verfügen, als ob es ihr eigenes wäre, und dadurch immer mehr zu Herren des ganzen kapitalistischen Betriebes werden.

Der Gedanke lag nahe, daß ein proletarisches Regime sich zuerst dieser großen Banken bemächtigen müsse, um dadurch die Herrschaft der Finanzmagnaten zu brechen und mit einem Schlag bestimmenden Einfluß auf das ganze Wirtschaftsleben zu gewinnen, auch auf jenen Gebieten, die zur Sozialisierung noch nicht reif waren.

Mit einer Reihe meiner Freunde nahm auch ich an, daß dem so sein werde. Ich wurde darin bestärkt durch die Ausfüh-

rungen von Marx darüber. Im dritten Band seines „Kapital“ (Hamburg 1894, 1. Teil, S. 427) heißt es:

„Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabrikssystem könnte sich nicht die Genossenschafts- (Kooperativ-) Fabrik entwickeln, und ebensowenig ohne das aus derselben Produktionsweise entspringende Kreditssystem. Letzteres, wie es die Hauptbasis bildet zur allmählichen Verwandlung der kapitalistischen Privatunternehmungen in kapitalistische Aktiengesellschaften, bietet ebenfalls die Mittel zu allmählicher Ausdehnung der Genossenschaftsunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter. Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebensowohl wie die Genossenschaftsfabriken als Übergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die gesellschaftliche (assoziierte) zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ und in den anderen positiv aufgehoben ist.“

In diesen Ausführungen aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird noch die Produktivgenossenschaft, die „Kooperativfabrik“, allerdings in Verbindung mit anderen, auf „nationaler Stufenleiter“, als alleinige Form eines Betriebs der „assoziierten Produktionsweise“ betrachtet. Vielleicht ist in Verbindung damit die Rolle übertrieben, die der Kredit bei der Entwicklung der neuen Produktionsweise spielen kann. Aber daß sie dennoch eine bedeutende sein wird und daß ein sozialistisches Regime trachten muß, sich dieses Mittels zu bemächtigen, daran ist nicht zu zweifeln.

Erfahrungen jedoch ebenso wie eingehendere Erwägungen sprechen dagegen, daß die Verstaatlichung der kapitalistischen Banken der Weg dazu ist. Sie ist es auch dann nicht, wenn diese Verstaatlichung weniger brutal und mit mehr Sachkenntnis vorgenommen wird, als das in Sowjetrußland der Fall war.

Zunächst, was soll an den Banken verstaatlicht werden? Ihr eigenes Kapital? Aber das ist relativ unbedeutend und verleiht ihnen ihre Herrschaftstellung nicht.

Also müßte man auch die Depositen verstaatlichen, die bei ihnen eingelegt sind. Wie soll das geschehen? Durch Ablösung? Aber das hätte bei den Banken eine ganz andere Bedeutung als bei der Industrie. Dort werden gegen Geld Produktionsmittel erworben, hier würde Geld gegen Geld eingetauscht, eine ganz sinnlose Operation. Aber wollte man die Depositen nicht gegen bar einlösen, sondern gegen Staatsschuldverschreibungen?

Aber damit würden sie ihrer ökonomischen Funktion entzogen, die sie nur in Geldform vollziehen können, und das ganze ökonomische Leben ins Stocken gebracht.

Das spricht natürlich noch mehr dagegen, die Depositen einfach zu konfiszieren, denn was heute Depositum in der Bank ist, soll morgen, soweit es nicht Konsumzwecken zugeführt werden soll, der Fortführung und Erweiterung der Produktion dienen, die ja zum großen Teil noch auf kapitalistischer Basis weiter zu betreiben ist. Durch Konfiszierung der Depots oder der Ansprüche der Depotgläubiger der Bank würde diese auch nicht verstaatlicht, sondern getötet. Niemand würde ihr mehr ein Depot anvertrauen. Hört das auf, dann fehlen ihr aber die Mittel zu weiterer Kreditgewährung. Sie kann nicht weiter funktionieren.

Will und kann man nicht die ganze kapitalistische Wirtschaft mit einem Schlage konfiszieren und verstaatlichen, läßt man kapitalistische Unternehmungen wenigstens zum Teil weiter funktionieren, dann darf man ihnen nicht jenen Teil ihrer zum Funktionieren nötigen Mittel nehmen, die sie zeitweise bei den Banken deponiert haben.

Niemand, der die Sache reiflich erwogen hat, fordert denn auch heute noch die Sozialisierung der bei den Banken liegenden Kapitalien, auf welchem Wege immer. Man verlangt nur noch die Verstaatlichung des Apparats der Banken.

Otto Bauer sagt darüber in seinem „Weg zum Sozialismus“ Seite 26:

„Die Sozialisierung der Banken hat eine ganz andere Aufgabe als die Vergesellschaftung der Großindustrie oder des Grundbesitzes. Hier handelt es sich nicht darum, den Boden und die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, sondern darum, die Macht, die die Verfügung über die fremden Kapitalien, die den Banken zur Verfügung gestellt werden, dem Finanzkapital gibt, ihm zu entreißen und sie der Gesellschaft zuzueignen. Daher bedarf es in diesem Falle keiner Expropriation; es genügt, die Macht, die heute die Aktionäre der Banken durch die von ihnen gewählten Verwaltungsräte ausüben, den Vertretern der Volksgemeinschaft zu übertragen. Das geschieht, wenn durch Gesetz bestimmt wird, daß die Mitglieder des Verwaltungsrats jeder Großbank nicht mehr von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt werden, sondern von den Körperschaften, die das Gesetz zu ihrer Wahl beruft. Das Gesetz

wird zum Beispiel bestimmen können, daß ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrats jeder Großbank von der Nationalversammlung gewählt wird, die anderen zwei Drittel aber von den Industrieverbänden, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Konsumvereinen, den Gewerkschaften und den Angestelltenorganisationen ernannt werden. Eine solche gesetzliche Verfügung über die Zusammenfassung des Verwaltungsrats wird genügen, die Macht über die Milliarden, über die die Banken verfügen, zu sozialisieren."

Eine solche Einrichtung ist sicher möglich. Nur darf man eines nicht vergessen: die Banken sind Institutionen, die nicht nur Kredit geben, sondern die auch selbst Kredit brauchen. Ihre ganze Macht beruht ja nicht auf ihrem eigenen Geld, sondern auf fremdem, das ihnen anvertraut wird.

Man müssen wir darauf gefaßt sein, daß die Kapitalisten dem sozialistischen Regime den stärksten Widerstand entgegenzusetzen werden. Die Demokratie ändert nichts an dieser Tatsache, bewirkt bloß, daß den Kapitalisten die Machtmittel fehlen, die einen militärischen Widerstand aussichtslos oder überhaupt möglich machen würden. Sie werden da nur mit „friedlichen“ Waffen kämpfen können, mit Lügen und Verleumdungen ihrer Presse oder wirtschaftlicher Meßstanz. Es wird von der Klugheit und Entschlossenheit des Proletariats abhängen, ob diese Methoden des kapitalistischen Widerstandes Erfolg haben oder nicht.

Unter diesen Umständen ist es schwer zu erwarten, daß die Kapitalisten ihre Gelder freiwillig einem Unternehmen zur Verfügung stellen werden, wenn sie erwarten, es würde nicht ein Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung, sondern eines proletarischer Befreiung werden. Je mehr die Bank in diesem Licht erscheint, desto eher werden die Kapitalisten nicht nur aufhören, ihre Gelder bei ihr zu deponieren, sie werden auch ihre bereits eingelegten Depots zurückziehen, und die sozialisierte Bank wird bald auf dem trocknen liegen.

Wollte man die Kapitalisten zu Einlagen in den sozialisierten Banken zwingen? Das dürfte kaum gelingen. Sie werden ihre Kundschaft den sozialisierten Großbanken entziehen und den kleineren Privatbanken zuführen, deren es immer noch eine Menge gibt.

Wollte man ein staatliches Bankmonopol einführen? Das dürfte schwerlich gelingen. Und das Kapital wird wohl im-

stande sein, auf Umwegen Ersatzorganisationen des Geldkapitals und Kredits zu schaffen.

Die Förderung des Sozialisierungswerks durch den Kredit des privaten Geldkapitals wird man kaum auf diesem Wege erlangen.

Damit soll nur auf die Schwierigkeiten des Vorschlags hingewiesen, nicht er selbst für unmöglich erklärt werden. Sein Gelingen hängt ab von der sozialen Atmosphäre zur Zeit der Sozialisierung. Bildet die Kapitalistenklasse eine solidarische Masse, dann sind seine Aussichten sehr trübe. Dagegen könnte er wohl Erfolg haben, wenn ein erheblicher Teil des produktiven Kapitals im Gegensatz stände zu den Bankmagnaten und deren Herrschaft drückend empfände. Dann könnten die nach dem Bauerischen Vorschlag organisierten Banken wohl eine fruchtbare Tätigkeit entfalten.

Noch dürfte das sozialistische Regime bei dieser Bankregulierung nicht stehen bleiben, die von dem guten Willen mindestens eines Teiles der Kapitalistenklasse abhängen würde.

Nur unter günstigen Umständen wird das proletarische Regime bewirken können, daß der kapitalistische Kredit teilweise auch sozialisierten Betrieben zuteil wird. Unter allen Umständen aber wird es in der Lage sein, Banken einzurichten, die das Proletariat, seine Einrichtungen und die sozialisierten Unternehmungen der Notwendigkeit entheben, ihre zeitweisen Geldansammlungen kapitalistischen Banken und damit kapitalistischen Zwecken zur Verfügung zu stellen.

Heute schon besitzt das Proletariat mit seinen privaten Ersparnissen und seinen Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen usw. nicht unerhebliche Fonds, die wachsen werden mit der zunehmenden Ausdehnung dieser Institutionen und der Hebung der arbeitenden Klassen, wodurch jene ihrer Schichten vermehrt werden, denen es möglich ist, Ersparnisse für Zeiten der Not oder zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zurückzulegen. Dazu werden sich die sozialistischen Gemeinden mit ihren Unternehmungen und die Betriebe gesellen, die der Staat sozialisiert.

Zur vorteilhaftesten Unterbringung aller der Fonds, die die genannten Faktoren für bestimmte Zwecke ansammeln und bereithalten müssen, stehen ihnen heute nur die kapitalistischen

Banken zur Verfügung, die das deponierte Geld zur Ausdehnung und Stärkung kapitalistischer Wirtschaft heiligen.

Verfügen das Proletariat und die proletarische Staatsgewalt über eine eigene Bank, so kann sie zu dem Mittel werden, den Kredit in dem von Marx dargelegten Sinne zur Förderung sozialistischer Unternehmungen anzuwenden und diese vom kapitalistischen Kredit unabhängig zu machen.

Die Sozialistenbank wird freilich für die bei ihr hinterlegten Depositionen Zins zahlen müssen, um der Konkurrenz der kapitalistischen Banken gewachsen zu sein. Sie wird daher auch Zins nehmen müssen für die Gelder, die sie verleiht. Aber dieser letztere Zins wird nicht Profitzwecken dienen, nur um einen Verwaltungszuschlag und eine Risikoprämie höher sein müssen, als der den Depositären gezahlte Zins. Er wird daher erheblich geringer sein als der der kapitalistischen Banken.

Mit der wachsenden Ausdehnung der Sozialisierung wird die Kraft dieser Bank wachsen und ihre Fähigkeit, den Fortgang der Sozialisierung ihrerseits zu beschleunigen.

Auf der anderen Seite werden Macht und Ausdehnung der kapitalistischen Banken in dem Maße zusammenschrumpfen, als das Gebiet der kapitalistischen Ausbeutung sich verengt.

So könnte man die vollkommene Verstaatlichung des Bankwesens, die den Ausgangspunkt der Sozialisierung bilden sollte, als ihren Abschluß betrachten.

Doch dieser Abschluß bedeutet, daß das Geld vollständig aufhört, als Kapital zu dienen. Mit dem Geldkapital wird aber auch seine Organisation, die Bank, und die Notwendigkeit des Kredits verschwinden.

11. Schluß.

Mancher naive und primitive Sozialismus wendet sich nicht so sehr gegen das Kapital als gegen das Geld. Dies ist ihm die Wurzel alles Übels. Seine Entthronung muß das Heil bringen.

Zweck ist diese Auffassung nicht auf sozialistische Kreise beschränkt. Lange vor ihnen, ja lange vor jeglicher kapitalistischen Produktion sahen die Volksmassen im Geld nicht eine Maschine, die den wirtschaftlichen Prozeß erleichtert, beschleunigt, ausdehnt, sondern eine teuflische Erfindung, um das Böse in die Welt zu bringen.

Und das war kein bloßer Wahnglaube, sondern beruhte auf sehr richtigen Beobachtungen.

Die dem Geld vorhergehende Produktion für den Selbstbedarf kennt fast nur Produkte für den persönlichen Konsum, die Produktionsmittel sind noch nicht sehr bedeutend und erfordern wenig Arbeit. Die meisten dieser Konsumtionsmittel vertragen kein langes Lagern, müssen rasch verzehrt werden. Diejenigen im Volke, die vermöge ihrer sozialen Stellung mehr davon bekommen als die anderen, wissen mit dem Überfluß nichts anderes anzufangen, als ihn unter ihre Freunde und Anhänger zu verteilen. Freigebigkeit, ja Verschwendung der Großen ist das Kennzeichen dieser Epoche. Sie kennt schon Ausbeutungsverhältnisse, Sklaverei und Leibeigenschaft, aber da ja mit dem Überfluß nicht viel anderes anzufangen ist als seine Verteilung, ist der Drang nach Steigerung der Ausbeutung nicht stark.

Das soziale Empfinden gegenüber den Genossen der eigenen Gemeinschaft — nicht gegenüber fremden — ist in jener Epoche sehr groß. Niemand konnte sich damals in der Gesellschaft behaupten, ohne daß eine starke Gemeinschaft hinter ihm stand, ihn schützte, ihm zuteilte, was er brauchte. Bei geringer Arbeitsteilung waren die Bedürfnisse und Neigungen der einzelnen ebensowenig verschieden, wie die Produktion wenig mannigfaltig war. Und fast aller Konsum, materieller wie künstlerischer, war ein gemeinsamer. So wurde das geistige und materielle Leben des einzelnen ganz von der Gemeinschaft bestimmt, in der er lebte und in die er meist schon hineingeboren wurde. Sie ward ein Teil seines Selbst, er ging ganz in ihr auf. Neben der Freigebigkeit war die Selbstlosigkeit, die freudige Hingabe an die Gemeinschaft, das hervorragendste Kennzeichen jenes Zeitalters.

Das alles ändert sich durch das Aufkommen des Geldes, namentlich sobald dieses die seinem Wesen entsprechende Form in einem übergänglichen Metall, Silber oder Gold gefunden hat.

Geld kann man immer und zu jedem Zweck brauchen. Es behält seinen Gebrauchswert und Wert. — ausgenommen die Papierwirtschaft der letzten Zeit. Man ist nicht gezwungen, es zu konsumieren. Man kann es aufheben, und je mehr man

davon hat, desto mehr Macht über andere Menschen besitzt man. Mit den Geldeinnahmen hört daher allmählich die Freigebigkeit der Vorzeit auf. Eine neue, der Volksmasse verhasste Persönlichkeit tritt auf, der Geizhals, der sich und erst recht anderen nichts gönnt, um nur recht viel Geld aufzuhäufen.

Über man kann noch andere und weit wirksamere Methoden anwenden, um Geld zu gewinnen und aufzuhäufen, als fleißig arbeiten, entsagen und sparen. Man kann ein flottes Müßiggängerleben führen und doch Schätze sammeln, wenn man über die nötigen Gewaltmittel verfügt. Raub und Diebstahl bei den Kleinen, blutige Plünderungskriege bei den Großen werden jetzt Massenerscheinungen. Kriegszüge, um Land zu gewinnen, gab es schon vorher, aber sie fanden eine natürliche Grenze in der Möglichkeit, neuergewonnenes Land produktiv zu benutzen.

Der Durst nach Geld dagegen ist maßlos, und ebenso maßlos wie der Geiz ist die Raubsucht. Das gleiche gilt nun auch von dem Drang nach Ausbeutung Unterworfenen. Die Sklaverei wird jetzt zur Sölle.

Gleichzeitig löst die fortschreitende Geldwirtschaft immer mehr die überkommenen Gemeinschaften auf. Die sozialen Beziehungen nehmen immer mehr die Formen bloßer Geldbeziehungen an. Die überkommenen Gemeinschaften, Gentes, Markgenossenschaften, Zünfte, hören immer mehr auf. Schranke wie Schutz für die Persönlichkeit zu sein. Die sozial Starken werden dadurch immer stärker, die sozial Schwachen immer schwächer. Der einzelne denkt nur noch an sich, zu Geiz, Raubgier, Ausbeutungsdrang gesellen sich noch Egoismus und Hartherzigkeit gegenüber den Gemeinschaftsmitgliedern — gegenüber den Fremden bestanden sie stets.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Resultate das Geld frühzeitig als Quelle des Bösen gehaßt und verwünscht wurde. In dem Abschnitt des „Kapital“ über das Geld zitiert Marx folgende Kennzeichnung der Wirkungen des Geldes durch Sophokles im fünften Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung:

„Denn von dem Menschengesichte war dem Gelde gleich Nichts Iriges mehr erschienen. Städte lehrte es um und treibt die Menschen flüchtig aus den Wohnungen; Mit arger Lehre wandelt es den Männer Sinn,

Daß sich der Edle zu der Schmach des Bösen lehrt;
Zu jeder Arglist leitet es die Menschen an
Und macht sie kundig jeder gottvergessenen Tat.“
(Antigone, V, 295 bis 301.)

Doch das ist nur die eine Seite des Geldes. Die andere haben wir bereits besprochen. Es ermöglichte erst die höchste Entwicklung der Arbeitsteilung und damit der Produktivkräfte, die schließlich einen solchen Grad erreicht hat, daß allgemeine Gleichheit der materiellen Lebensbedingungen nicht mehr, wie früher nur bei allgemeiner geistiger Barbarei möglich, sondern mit allgemeiner hoher Kultur vereinbar ist. Und wenn es die einzelne Persönlichkeit von der Nabelschnur loslöste, die sie mit dem Gemeinwesen verband, so hat es nicht nur Egoismus und Hartherzigkeit geschaffen, sondern auch die Selbständigkeit des Denkens entwickelt sowie eine Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse und Neigungen, die der Mannigfaltigkeit der heutigen Produktion entspricht.

Der Sozialismus ist berufen, die degradierenden Wirkungen des Geldes zum Verschwinden zu bringen. Sie entspringen aus dem Privateigentum an den Quellen des Lebens und an den gesellschaftlich geschaffenen Reichtümern, das bisher mit dem Gelde aufs engste verbunden war. Die Aushebung dieses Privateigentums wird dem Fluch ein Ende machen, der bisher dem Gelde anhaftete.

Aber man hüte sich, dabei so weit zu gehen, daß man das Große aufhebt, was das Geld geschaffen hat, die Ausdehnung der Arbeitsteilung, die Mannigfaltigkeit der Produktion, die Freiheit der Persönlichkeit.

Der Sozialismus soll ein Hinschreiten über den Kapitalismus hinweg, nicht ein Zurückgehen hinter ihn darstellen. Etwas Derartiges würden die heutigen Menschen nicht ertragen, die durch die Schule der kapitalistischen Produktion mit ihrer großen Mannigfaltigkeit der Produkte und der großen Selbständigkeit der Persönlichkeit gegangen sind.

Ganz abgesehen vom primitiven Kommunismus hat es kommunistisch eingerichtete Gesellschaften schon in früheren Jahrhunderten gegeben. Wir erinnern an die kommunistischen „Gaus-haben“ der Wiedertäufer in Mähren, die sich dort durch das ganze Zeitalter der Reformation vom Ende des Bauernkriegs

an (1526) bis zum Dreißigjährigen Krieg, bis zum Sieg der Gegenreformation in der Schlacht am Weißen Berge (1620) erhielten, länger noch in Ungarn und später in den Vereinigten Staaten, wo vor kurzem noch (1908) einzelne ihrer Haushaben bestanden, vielleicht jetzt noch bestehen.

Sie beruhten auf einem Kommunismus nicht nur der Produktion, sondern auch der Konsumtion bei völliger Aufhebung der Freiheit der Persönlichkeit, da dem einzelnen nicht nur seine Arbeit und seine Lebensmittellieferung, sondern auch seine Vergnügungen, ja die Gattin oder der Gatte von den „Ältesten“ zugewiesen wurden. Die Wissenschaft war bei ihnen verpönt.

Auf derselben Basis beruhte eine andere erfolgreiche kommunistische Organisation, die der Jesuiten in Paraguay, die von 1612 bis 1768 währte und nur durch die brutale Gewalt spanischer Soldateska zerstört werden konnte.

Endlich sind in diesem Zusammenhang zu nennen die religiösen kommunistischen Gemeinden, die von verschiedenen europäischen Sektierern von der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts an in den Vereinigten Staaten gegründet wurden und sich bis in unsere Tage erhalten haben. Wir haben auf sie oben schon bei der Sozialisierung der Landwirtschaft hingewiesen. Auch diese Gemeinden waren ähnlichen Charakters wie die „Haushaben“ der Wiedertäufer.

Sie alle wurden gebildet aus ökonomisch rückständigen Elementen, die keine Spur modernen Denkens in sich aufgenommen hatten. Am meisten gilt das von den Indianern in Paraguay, aber auch die Handwerker und Bauern, von denen die kommunistischen Einrichtungen der Wiedertäufer und der Sektierer in Amerika begründet wurden, standen ganz außerhalb der modernen Welt.

Die einzelnen dieser Organisationen waren klein, umfaßten in der Regel bloß einige hundert Menschen. Nur der Kommunistenstaat der Jesuiten zählte in den Tagen seiner größten Ausdehnung 150000 Bewohner, die in 30 Pueblos (Dörfern) wohnten. Die meisten dieser kommunistischen Gründungen wurden in der Wildnis angelegt, fern von anderen Menschen. Die der Wiedertäufer in Mähren waren die Gründungen Deutscher in einer ischäpischen Bevölkerung, mit der sie sich nicht verständigen konnten.

Sobald einzelne der kommunistischen Organisationen dieser Art in engere Berührungen mit der zivilisierten Welt kamen, verloren sie in der Regel ihren inneren Halt. Namentlich die jüngeren Leute fühlten sich meist durch die Monotonie und Strenge des Regimes abgestoßen und ließen sich schwer festhalten.

Einen Großstaat mit moderner Großproduktion, modernem Verkehr, moderner Wissenschaft, modernen Intellektuellen und Proletariern auf der Basis eines derartigen Kommunismus begründen zu wollen, ist ganz unmöglich. Sowjetrußland war der erste und wohl auch der letzte Versuch, in dieser Art. In Westeuropa könnte es nicht einmal zum Versuch kommen.

Aber für uns bilden schon die utopischen Entwürfe zu Bauplänen einer sozialistischen Organisation eine gewisse Gefahr. Denn das Leben ist immer reicher und mannigfaltiger als die Theorie, die nur das Allgemeine betrachten darf und vom Besonderen absehen muß. Jede Utopie vereinfacht daher zu sehr die Probleme der Wirklichkeit und bedeutet, wenn sie strikte befolgt wird, einen unerträglichen Rückschritt von der Mannigfaltigkeit zur Eintönigkeit.

Die Gesellschaft ist kein Mechanismus, der sich nach vorher festgesetztem Plane nach Belieben einrichten läßt, sondern ein Organismus, der nach bestimmten Gesetzen wächst und sich entfaltet. Sie ist ein Organismus, dessen Zellen denkende Wesen sind, die bebüßt an seinem Aufbau arbeiten, die aber diesen Aufbau nicht willkürlich gestalten können. Insofern besteht ihre Freiheit nur in der freiwilligen Ausführung dessen, was sie als notwendig erkannt haben.

Diese Freiheit besitzen wir um so mehr, je besser wir die gesetzmäßigen Zusammenhänge der Wirklichkeit erkennen, der Gesellschaft gegenüber daher um so mehr, je vollkommener wir ihre ökonomischen Funktionen erforschen.

Neben dieser auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhenden Freiheit gegenüber der Notwendigkeit bedarf der moderne Mensch aber noch einer anderen Freiheit: der Freiheit seiner Persönlichkeit gegenüber anderen Persönlichkeiten, der möglichststen Unabhängigkeit von ihnen in der Wahl seiner Lebensführung. Das ist unmöglich bei der Produktion der materiellen Bedingungen des Lebens, die geregelt zusammenarbeiten

vieler erheischt. Aber sie ist unter den heutigen Verhältnissen bereits möglich für die meisten Arten des persönlichen Konsums, und sie ist auf dem Gebiete des persönlichen Schaffens möglich durch zunehmende Verkürzung der dem Erwerb dienenden Arbeit, durch stetige Vermehrung der freien Zeit, der Zeit, die dem Individuum zu freier Betätigung eingeräumt wird.

Zugang aller zu wissenschaftlicher Erkenntnis, möglichste Verkürzung der Erwerbsarbeit, völlige Freiheit des Individuums in allen Betätigungen außerhalb der Erwerbsarbeit, soweit dadurch nicht andere Individuen oder die Gesellschaft gefährdet werden — das sind die Ziele, von denen der moderne Sozialismus sich leiten lassen muß, im Gegensatz zu seinen kommunistischen Vorgängern, die nichts davon wußten, die jedem allerdings reichliches Brot und größte Sicherheit der Existenz gewährten, aber keine Wissenschaft und keine Freiheit. Wir wollen jenes auch, dazu aber noch dieses, denn wir stehen auf den Schultern des industriellen Kapitalismus und haben das zum Gemeineigentum zu machen, nicht zu verkümmern, was er der kleinen Schicht seiner Nutznießer gebracht hat.

Wie immer die sozialistische Gesellschaft gestaltet sein mag, sie wird sich nur dann behaupten, nur dann ihrer großen historischen Aufgabe gerecht werden, die Errungenschaften des Kapitalismus zu höheren Lebensformen zu entwickeln, wenn sie der Gesamtheit der Menschheit nicht bloß Brot und Sicherheit der Existenz bringt, sondern auch Kultur und Freiheit.

Anlässlich der Publikation von Kautskys **Die proletarische Revolution und ihr Programm** haben wir uns veranlaßt gesehen, eine nochmalige Ausgabe von Kautskys

Erfurter Programm

17. Auflage

herauszugeben, das jedenfalls anlässlich des neuen Werkes von Kautskys als historisches Aktenstück wieder häufig begehrt werden wird. Das Werk kostet gebunden (als Band 13 der Internationalen Bibliothek) 60 Mark.

Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautskys. 4. Auflage. Komplett in 4 Bänden. Gebunden 300 Mark.

1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bei H. Smith.
2. Band, erster Teil: David Ricardo I.
2. Band, zweiter Teil: David Ricardo II.
3. Band: Von Ricardo zur Volkswirtschaft.

Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Volksausgabe. Herausgegeben von Karl Kautskys. Dritte, unveränderte Auflage. XLVIII und 768 Seiten Großoktav. Gebunden 180 Mark.

Dieser von Karl Kautskys herausgegebene erste Band des „Kapital“ unterscheidet sich von den früheren Ausgaben insofern, als es der Benützung zum Studium für die Arbeiter wesentlich zugänglicher geworden ist, und zwar erstens durch die Befestigung von Druckfehler, sowie durch die Übersetzung von vielen fremdsprachlichen Ausdrücken und Zitaten, und zweitens durch die Anfügung eines von H. Masanoff bearbeiteten ausführlichen, 68 Seiten starken Registers, das außer einer orientierenden Einleitung ein Verzeichnis aller im ersten Band des „Kapital“ zitierten Werke enthält: A. Werke der genannten Verfasser, B. Werke anonym verfasster, C. Veröffentlichungen offizieller und anderer Körperschaften, D. Zitate und Zeitschriften, Namenregister, Sachregister.

So ist dieser erste Band des „Kapital“ auch heute ein vollständiges Ganzes. Es pulstert das Leben darin heute noch ebenso stark, wie vor vierzig Jahren, und erst mit dem Kapitalismus selbst wird der erste Band des „Kapital“ aufhören, die stärkste Waffe im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu sein.

♦ Schriften von Karl Kautsky ♦

Verlag von J. F. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Karl Marx' Ökonomische Lehren.
Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. 21. Aufl. Gebunden M. 60.—

Thomas More und seine Utopie.
Mit einer histor. Einleitung. 5. Aufl. Gebunden M. 60.—

Berechnung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. 3. Aufl. Gebunden M. 60.—

Ethik und materialist. Geschichtsauffassung. Gebunden M. 50.—

Der Ursprung des Christentums.
Eine historische Untersuchung. 12. Aufl. Gebunden M. 100.—

Vorläufer des neueren Sozialismus. 4 Bände. Gebunden M. 270.—

Die Agrarfrage. Bergreifen.
Brenstein und das sozialdemokratische Programm. Bergreifen.

Die Klassenengegensätze im Zeitalter der französischen Revolution.
Brotschier M. 15.—

Parlamentarismus und Demokratie. Brotschier M. 20.—

Die Vereinigten Staaten Mittel-europas. Brotschier M. 10.—

Serbien und Belgien in der Geschichte. Brotschier M. 10.—

Esth-Lothringen. Brotsch. M. 10.—

Die Befreiung der Nationen. Berg.
Rasse und Judentum. Zweite, durchgesehene Auflage. Brotschier M. 25.—

Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin

Die soziale Revolution. M. 10.—

Die historische Leistung von Karl Marx. M. 7.50.

Der Weg zur Macht. M. 15.—

Demokratie oder Diktatur. M. 7.50.

Wie der Weltkrieg entstand. M. 20.—

Die Sozialisierung der Landwirtschaft. M. 30.—

Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie. M. 5.—

Handelspolitik und Sozialdemokratie.

Sozialismus und Kolonialpolitik.

Der politische Massenstreik.

K. Marx. Die Jubilaradresse.
Erfolgt von Karl Kautsky. M. 12.—

Verlag der Buchhandlung Freiheit in Berlin

**Von der Demokratie zur Staats-
Klaverlei.**
Jesland.

Habsburgs Glück und Ende.
Was ist Sozialisierung?
Terrorismus und Kommunismus.

Verlag Neues Vaterland, Berlin
Belbrück und Wilhelm II.

Verlag von Tony Breitscheid, Berlin
Mein Verhältnis zur U.S.P. M. 3.—

Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig
Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung in Wien
**Vergangenheit und Zukunft der
Internationale.**
**Sozialdemokratismus,
Georgien.**

**Der Einfluss der Volksmehrheit
auf den Fortschritt der Gesell-
schaft.**
Die Diktatur des Proletariats.